Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH – 1700 Freiburg

Kantonale Volksabstimmungen vom 10. Februar 2019 – *Die Ergebnisse*

Votations cantonales du 10 février 2019 – *Les résultats*

Übersicht / Aperçu

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:

GE: Initiative populaire 160 « Pour le remboursement des soins dentaires »

GE: Initiative populaire 165 « Pour une caisse d'assurance maladie et accidents genevoise publique à but social »

TI: Articolo 30 della Costituzione cantonale (Diritti politici – ticinesi all'estero)

TI: Articoli 37, 42, 83, 85 della Costituzione cantonale (Diritti politici – termini di raccolta firme)

TI: Articolo 82 della Costituzione cantonale (Revisione della Costituzione – progetti con varianti)

TI: Articolo 39 della Costituzione cantonale (Iniziativa popolare legislativa – votazione popolare)

UR: Volksinitiative «Zur Regulierung von Grossraubtieren im Kanton Uri»

2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :

BE: Änderung des kantonalen Energiegesetzes (Fak.)

BE: Polizeigesetz (Fak.)

BL: Gesetz über die Beteiligung an Spitälern (SpiBG) (Kantonsratsref.)

BL: Gesetz über die Abgeltung von Planungsmehrwerten (LRV 2016-403) über die Beteiligung an Spitälern (SpiBG) (Kantonsratsref.)

BS: Grossratsbeschluss betreffend Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz) (Basler Kompromiss zur Steuervorlage 17) (Fak.)

BS: Grossratsbeschluss betreffend Realisierung von Massnahmen zu Gunsten des Fuss- und Veloverkehrs in der St. Alban-Vorstadt zwischen St. Alban-Graben und Malzgasse im Zuge anstehender Erneuerungsarbeiten (Fak.)

GE: **Loi sur la laïcité de l'Etat (LLE) (fac.)**

ZH: **Hundegesetz (Änderung; praktische Hundeausbildung) (Kantonsratsref.)**

ZH: **Wassergesetz (WsG) (Kantonsratsref.)**

3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :

BL: **Nichtformulierte Gemeindeinitiative über den Ausgleich der Sozialhilfekosten (Ausgleichsinitiative)** mit **Gegenvorschlag des Landrats**

4. Konkordate / Concordats :

BL: **Staatsvertrag zwischen den Kantonen BS und BL betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung**

BL: **Staatsvertrag zwischen den Kantonen BS und BL über die Universitätsspital Nordwest AG**

BS: **Grossratsbeschluss betreffend Staatsvertrag zwischen den Kantonen BS und BL betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung**

BS: **Grossratsbeschluss betreffend Staatsvertrag zwischen den Kantonen BS und BL über die Universitätsspital Nordwest AG und Beteiligungsgesetz USNW**

5. Finanzreferendum / Référendum financier :

SG: **Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für die IT-Bildungsoffensive (CHF 75 Mio.)**

BE

1. Änderung des kantonalen Energiegesetzes

NEIN (50.6%)

Stimmbeteiligung **37.9%**

Das kantonale Energiegesetz wurde von den Berner Stimmberechtigten in 2011 angenommen. Die geltenden Vorschriften genügen nicht, um die Ziele der kantonalen und eidgenössischen Energie- und Klimapolitik zu erreichen. Deshalb soll das Gesetz in einzelnen Bereichen angepasst und den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn 2014, vgl. Kasten unten) angeglichen werden.

Die Technologie im Energiebereich hat seit 2011 grosse Fortschritte gemacht. So ist es heute deutlich einfacher und günstiger, Strom mit einer Photovoltaikanlage auf dem eigenen Dach zu produzieren oder sein Haus vor Wärmeverlusten zu schützen. Will man ein Gebäude mit Energie aus erneuerbaren Quellen beheizen, stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung.

Die wichtigsten Änderungen beinhalten:

- Die Gemeinden sollen die Kompetenz erhalten, flexiblere Anforderungen an die Energienutzung in einzelnen Gebäuden und Arealüberbauungen zu stellen.
- Neubauten sollen einen Teil ihres Strombedarfs selbst produzieren, zum Beispiel mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach.
- Gas- und Ölheizungen in bestehenden Wohnbauten sollen nach Möglichkeit durch Heizungen ersetzt werden, die mit erneuerbarer Energie betrieben werden.
- Ölheizungen in bestehenden Wohnbauten sollen nicht mehr durch Öl- und Gasheizungen ersetzt werden dürfen.
- Neue Boiler, die das Warmwasser rein elektrisch erwärmen, sind schon seit Längerem nicht mehr erlaubt; nun sollen auch die bestehenden, rein mit Strom betriebenen Boiler innert 20 Jahren ersetzt werden.

Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn)

Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEn) sind einheitliche energetische Bauvorschriften, die von allen Kantonen mitgetragen werden. Die MuKEn haben eine bewährte Tradition. Sie wurden von der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren erstmals im Jahre 1992 erarbeitet und hiessen «Musterverordnung für die rationelle Energienutzung im Hochbau». Die MuKEn 2014 bilden bereits die vierte Auflage dieser Mustervorschriften. Primäres Ziel ist die Harmonisierung der unterschiedlichen Regelungen der Kantone. Die Vorschriften orientieren sich an den neusten technologischen Entwicklungen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes und der kantonalen Energiestrategie.

Quelle: Abstimmungsbroschüre

- Alte Leuchtreklamen und Schaufensterbeleuchtungen sollen innert fünf Jahren durch energieeffziente Beleuchtungen ersetzt werden müssen.

Nach Auffassung des *Regierungsrates* und der *Grossratsmehrheit* stellt diese Gesetzesänderung eine angemessene Weiterentwicklung des kantonalen Energiegesetzes dar. Sie soll einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Die Gesetzesänderung zielt auch darauf ab, einheimische Energiequellen gegenüber fossilen Energieimporten zu bevorzugen, sodass die Wertschöpfung vermehrt im Kanton bleiben würde.

Der Grosse Rat hat die Änderung des kantonalen Energiegesetzes am 21.03.2018 mit 82 gegen 54 Stimmen bei einer Enthaltung verabschiedet. Gegen diesen Beschluss hat ein Komitee das Referendum ergriffen. Daher kommt es zur Volksabstimmung.

Nach der Auffassung des *Referendumskomitees* sind Energieeffzienz und Modernisierung ein Gebot der Stunde. Allein im Gebäudebereich würden hierzulande rund CHF 15 Mia. pro Jahr für Sanierungen aufgewendet. Die vorliegende Revision des kantonalen Energiegesetzes erwiese sich bei genauerem Hinsehen aber als äusserst ineffizient und schiesse über das Ziel hinaus. Sie würde zu einem Regulierungsdschungel führen, teilweise kontraproduktiv wirken und das Wohnen im Kanton BE verteuern, einem Kanton, der bereits heute zu den Kantonen mit den strengsten Energievorschriften zähle.

2. Polizeigesetz

JA (76.4%)

Stimmbeteiligung **37.9%**

Mit der Totalrevision des heutigen Polizeigesetzes[1] sollen die Massnahmen zur Bekämpfung von schwerer Kriminalität verbessert werden. Beispielsweise sollen gesetzliche Bestimmungen für zusätzliche polizeiliche Massnahmen wie namentlich die verdeckte Fahndung in der Vorermittlung geschaffen werden. Damit sollen mögliche Verbrechen und Vergehen frühzeitig erkannt und verhindert werden, zum Beispiel Pädophilie im Internet, organisierter Drogenhandel oder illegale Waffenkäufe zur Ausübung von Gewaltdelikten. Wie bei Strafverfahren ist eine gerichtliche Kontrolle vorgesehen. Zudem sollen mit dem neuen Polizeigesetz die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Stalking und häuslicher Gewalt ausgebaut werden, was den Schutz besonders verletzlicher Personen erhöhen soll.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei und Gemeinden soll weiter optimiert werden. In den Jahren 2008 bis 2010 hat sich die Kantonspolizei mit den Polizeikorps der Gemeinden zu einer Einheitspolizei zusammengeschlossen. Eine Evaluation im Jahr 2013 zeigte, dass sich dieser Zusammenschluss bewährt hat und die Zusammenarbeit der Kantonspolizei mit den Gemeinden grundsätzlich gut funktioniert[2]. Mit dem neuen Polizeigesetz soll die Zusammenarbeit weiter verbessert und insbesondere der administrative Aufwand verringert werden. Statt wie bisher mit aufwendigen Einzelabrechnungen sollen sich künftig alle Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl mit einer jährlichen Pauschale an den Kosten für polizeiliche Interventionen beteiligen. Der Kanton soll weiterhin die Hälfte dieser Kosten tragen.

---

1 Polizeigesetz (PolG) vom 08.06.1997; RS 551.1; abrufbar hier.

2 «Evaluation Police Bern», Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 05.06.2013; abrufbar hier.

Mit dem neuen Erlass soll das Personal- und Dienstrecht der Kantonspolizei in das Polizeigesetz integriert und punktuell erneuert werden. Diese Bestimmungen waren bisher in einem separaten Gesetz festgehalten.

Der Grosse Rat hat das neue Polizeigesetz am 27.03. 2018 mit 123:23 Stimmen bei 2 Enthaltungen verabschiedet. Gegen diesen Beschluss hat ein Komitee das Referendum ergriffen. Daher kommt es zur Volksabstimmung.

Laut des *Referendumskomittees* würde das neue Polizeigesetz zu wenig Mitsprache der Gemeinden in der Ausgestaltung der Sicherheit vorsehen. Aus seiner Sicht würde es Sport, Kultur sowie Politisches beschränken. Die Einsatzkosten der Polizei bei Veranstaltungen können von den Gemeinden einfacher an die Veranstaltenden überwälzt werden. Darüber hinaus sei die demokratische Kontrolle mangelhaft, weil die Kantonspolizei nur unzureichend Rechenschaft darüber ablegen müsse, wie viele Personen aus welchem Grund und mit welchem Erfolg überwacht werden. Die Überwachung allgemein würde durch verdeckte Vorermittlungen und Observationen erleichtert und ausgebaut. Weiter fördere das neue Polizeigesetz die Wegweisungen aus dem öffentlichen Raum, wovon durch explizite Bestimmungen insbesondere Fahrende diskriminiert würden.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Botschaft des Grossen Rates

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

BL

Gemeinsame Erklärungen für die Objekte / Entwürfe 1 – 3 BL + 1 – 2 BS

Die Gesundheitsversorgung im Basler Region erscheinen den Kantonen BL und BS als zu teuer, weshalb sie nun reagieren wollen. Mit dem Projekt «Gemeinsame Gesundheitsregion» verfolgen die beiden Kantone drei übergeordnete Ziele:

- optimierte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung,
- deutliche Dämpfung des Kostenwachstums im Spitalbereich und
- langfristige Sicherung der Hochschulmedizin in der Region Basel.

Diese Ziele sind in Parteien und Verbänden unbestritten. Um sie zu erreichen, sind *zwei Staatsverträge* vorgesehen. Im ersten soll die Gesundheitsversorgung auf kantonaler Ebene gemeinsam nach einheitlichen und transparenten Kriterien geregelt werden. Fehl-, Über- oder Unterversorgung sollen dadurch vermieden können, die Qualität der Behandlungen verbessert und die Kostensteigerung gebremst werden.

Mit dem Staatsvertrag USNW werden das Universitätsspital Basel und das Kantonsspital Baselland zum neuen, gemeinsamen Universitätsspital Nordwest (USNW) zusammengeführt.

Die Abstimmungsvorlagen haben einen inneren Zusammenhang: Der Staatsvertrag Gesundheitsversorgung ist die gemeinsame regulatorische Grundlage und kann auch für sich allein angenommen werden. Mit dem Staatsvertrag USNW soll der grösste Beitrag an die Zielerreichung geleistet werden: Im USNW ist der koordinierte Abbau von Überkapazitäten vorgesehen. Es soll damit einen wesentlichen Beitrag zur Dämpfung des Anstiegs sowohl des prämien- als auch des steuerfinanzierten Anteils der Gesundheitskosten leisten.

Das neue Spitalbeteiligungsgesetz ist eine Folge des Staatsvertrags USNW. Es gilt aber *nur für BL* (Objekt Nr. 3 auf S. 9).

1. Staatsvertrag vom 6. Februar 2018 zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung (LRV 2018-214)

JA (76.97%)

Stimmbeteiligung **37.44%**

Die Patientinnen und Patienten machen in einer zunehmend mobilen Gesellschaft nicht vor den Kantonsgrenzen Halt. Mit dem *Staatsvertrag* betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung streben die Kantone BL und BS eine längerfristige und verbindlich festgeschriebene Zusammenarbeit auf diesem Gebiet an.

Im Mittelpunkt der Planung soll der Bedarf der Bevölkerung stehen. Auf dieser Grundlage will die gemeinsame Regulation und Aufsicht die Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung setzen. In einem ersten Schritt wäre zum Beispiel vorgesehen, in beiden Kantonen gleichlautende Spitallisten nach einheitlichen und transparenten Kriterien zu erlassen. Für private und öffentliche Anbieter sollen dieselben Regeln gelten. Weitere Kantone können der Vereinbarung beitreten und die Kooperation über die Landesgrenzen hinweg soll gefördert werden.

Gleichzeitige Abstimmung im Kanton BS

Der Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung liegt gleichzeitig auch der Bevölkerung des Kantons BS zur Abstimmung vor (vgl. unten). Der Staatsvertrag muss in beiden Kantonen angenommen werden, damit er in Kraft treten kann. Stimmt einer der Kantone nicht zu, ist der Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung hinfällig.

Der Landrat hat am 13.09.2018 mit 78:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen den Staatsvertrag vom 06.02.2018 zwischen den Kantonen BS und BL betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung genehmigt.

2. Staatsvertrag vom 6. Februar 2018 zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Universitätsspital Nordwest AG (LRV 2018-214)

JA (66.63%)

Stimmbeteiligung **37.58%**

Das Universitätsspital Basel und das Kantonsspital Baselland sollen zu einer gemeinsamen Spitalgruppe mit dem Namen «Universitätsspital Nordwest» (USNW) zusammengeführt werden. Dieses soll seine operative Tätigkeit am 01.01.2020 aufnehmen. Die vier Standorte Basel, Liestal, Bruderholz und Laufen erhalten im Rahmen der Strategie «Vier Standorte – ein System» je ein eigenes Angebotsprofil.

Als Rechtsform ist eine Aktiengesellschaft mit öffentlichem Zweck vorgesehen. Damit soll die Flexibilität für eine spätere regionale Erweiterung garantiert werden. Die beiden Kantone haben sich auf ein Beteiligungsverhältnis von 66.6% für BS und 33.4% für BL geeinigt. Wichtige Beschlüsse der Generalversammlung kommen somit nur mit Zustimmung von BL zustande.

Der Staatsvertrag enthält folgende Neuerungen:

- Das Universitätsspital Basel (USB) und das Kantonsspital Baselland (KSBL) sollen zum «Universitätsspital Nordwest» (USNW) zusammengeführt werden.
- Die vier Standorte Basel, Liestal, Bruderholz und Laufen sollen im Rahmen der Strategie «Vier Standorte – ein System» je ein klares Profil für Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeitende mit Kernaufgaben für die ganze Spitalgruppe erhalten.
- Innovatives Element soll die Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe auf dem Bruderholz werden.
- Das USNW braucht weniger Infrastrukturen als USB und KSBL je alleine. Es wird mit Einsparungen von mindestens CHF 70 Mio. pro Jahr gerechnet werden.
- Die finanzielle Entlastung für den Kanton BL wird auf jährlich rund CHF 7 Mio. geschätzt und es wird eine zukünftige Zunahme erwartet.
- Mit der verbesserten Wirtschaftlichkeit soll auch das vom Kanton BL eingebrachte Kapital in der Höhe von knapp CHF 250 Mio. gesichert werden.

In der Landratsdebatte zweifelte eine *Minderheit* die geplanten Einsparungen an, bezeichnete die Fusion als risikobehaftet und kritisierte, dass der Kanton BL beim USNW die Rolle des Junior-Partners einnehme. Die *Mehrheit* gab sich demgegenüber überzeugt, dass der vorgeschlagene Weg sorgfältig geplant und richtig sei.

Der Landrat hat am 13.09.2018 mit 62:19 Stimmen bei 3 Enthaltungen den Staatsvertrag vom 06.02.2018 zwischen den Kantonen BS und BL über die Universitätsspital Nordwest AG genehmigt.

Juristische Feinheit

Die beiden Staatsverträge zur Gesundheitsversorgung (siehe oben) und zum Universitätsspital Nordwest sind eng miteinander verknüpft. Sie sind jedoch *nicht gleich voneinander abhängig*:

Der Staatsvertrag zur Gesundheitsversorgung ist die gemeinsame regulatorische Grundlage. Er kann auch für sich allein angenommen werden und in Kraft treten.

Der umgekehrte Fall kann jedoch nicht eintreten: Die Fusion von Universitätsspital Basel und Kantonsspital Baselland zum Universitätsspital Nordwest kommt nur zustande, wenn auch der Staatsvertrag über die gemeinsame Gesundheitsversorgung angenommen wird.

Warum eine Volksabstimmung? Gemäss § 30 Abs. 1 Bst. b KV BL[3] können Staatsverträge dem obligatorischen Referendum unterstellt werden.

[3] Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17.05.1984; GS 100; abrufbar hier.

3. Gesetz vom 13. September 2018 über die Beteiligung an Spitälern (SpiBG)

JA (69.71%)

Stimmbeteiligung 37.1%

Das bisherige Spitalgesetz soll in ein Spitalversorgungsgesetz *und* ein Spitalbeteiligungsgesetz *aufgetrennt* werden. Damit soll die in der Praxis bereits gelebte Rollentrennung (Versorgungssteuerung im Amt für Gesundheit und Eigentümervertretung im Generalsekretariat) auf gesetzlicher Ebene nachvollzogen werden.
Das Spitalbeteiligungsgesetz soll nur in Kraft treten, wenn auch der Staatsvertrag über die Universitätsspital Nordwest AG in Kraft tritt.

Das heutige Spitalgesetz[4] des Kantons BL umfasst einerseits allgemeine Bestimmungen über die Spitalplanung und -versorgung sowie die Regulation und Aufsicht im Spitalbereich. Andererseits enthält das Gesetz die Bestimmungen über die Organisation der öffentlichen Spitäler Kantonsspital Baselland (KSBL) und Psychiatrie Baselland (PBL).

Dem Kanton kommt eine Mehrfachrolle zu: Er agiert als Eigentümer, Träger der Gewährleistungsverantwortung, Leistungseinkäufer, Regulator und Aufsichtsorgan. Diese verschiedenen Rollen können zu Zielkonflikten führen. Im Umgang mit seinen Spitalbeteiligungen hat der Kanton diesem Konfliktpotenzial bereits ab 2014 entgegengewirkt: Der Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) ist aus dem strategischen Führungsgremium (Verwaltungsrat) aller kantonalen Spitalbeteiligungen (Kantonsspital Baselland, Psychiatrie Baselland, Universitäts-Kinderspital beider Basel) ausgetreten. Die Mandate werden von kantonsexternen Verwaltungsratsmitgliedern entsprechend dem spezifischen Anforderungsprofil ausgeübt. Zudem wurde auch innerhalb der VGD die notwendige Rollentrennung vollzogen: Die Eigentümerrolle wird vom Generalsekretariat wahrgenommen, die übrigen Rollen vom Amt für Gesundheit.

Mit der vorliegenden Revision des Spitalgesetzes soll nun diese Rollentrennung auch auf der gesetzlichen Ebene nachvollzogen werden. Es handelt sich um eine Massnahme, die unabhängig vom Staatsvertrag für das Universitätsspital Nordwest USNW durchgeführt werden muss. Jedoch bedingt auch die Schaffung des USNW eine spezifische Anpassung des Spitalgesetzes, da dieses im Gesetz namentlich aufgeführt würde.

Das neue *Spitalbeteiligungsgesetz* regelt insbesondere die Rechtsnatur, den Zweck und die Organisation der *Psychiatrie Baselland*, da die entsprechenden Vorgaben für das Universitätsspital Nordwest AG und für das Universitäts-Kinderspital beider Basel in den jeweiligen *Staatsverträgen* enthalten sind. Für die Psychiatrie Baselland werden also konstituierende Elemente geregelt (Rechtsform, Natur der Anstellungsverhältnisse, Pensionskassen-Anschluss, Kapitalstruktur, Revisionsstelle etc.). Zum Staatsvertrag über das geplante Universitätsspital Nordwest wird im Gesetz insbesondere noch festgehalten, dass die Kompetenz zur Veränderung des Stimmen- und Kapitalanteils von 33.4% beim Landrat liegt und der Regierungsrat vor einer beabsichtigten Kündigung des Staatsvertrags sowie der Auflösung des USNW die zuständige Kommission des Landrats zu konsultieren hat.

Warum eine Volksabstimmung? Wie oben erwähnt soll das geltende Spitalgesetz durch *zwei neue Gesetze* ersetzt werden:

- einerseits durch das *Spitalversorgungsgesetz (SpiVG)*, das die Rollen des Kantons als Aufsichtsorgan, Leistungseinkäufer, Regulator und Gewährleister der Versorgung umschreibt. Dieses wurde vom Landrat mit der notwendigen 4/5-Mehrheit verabschiedet, sodass *eine Volksabstimmung entfällt*;

[4] Spitalgesetz vom 17.11.2011; GS 930; abrufbar hier.

- andererseits durch das *Spitalbeteiligungsgesetz (SpiBG)*. Dieses erreichte im Landrat die zustimmende 4/5-Mehrheit nicht und unterliegt daher gemäss den Vorgaben der Kantonsverfassung (§ 30 Abs. 1 Bst. b KV BL) der *obligatorischen Volksabstimmung*.

4. Gesetz vom 27. September 2018 über die Abgeltung von Planungsmehrwerten (LRV 2016-403)

JA (50.71%)

Stimmbeteiligung **36.73%**

Das am 15.06.2012 teilrevidierte Raumplanungsgesetz des Bundes (RPG) schreibt neu vor, dass Planungsvorteile mit einem Satz von mindestens 20% abzugelten sind. Diese Mehrwertabgabepflicht muss mindestens für neu oder dauerhaft einer Bauzone zugewiesenen Boden gelten. Die Mehrwertabgabe wird erst bei einer Überbauung des Grundstücks oder bei dessen Veräusserung fällig und muss bei der Bemessung einer allfälligen Grundstückgewinnersteuer zwingend in Abzug gebracht werden.

Der Regierungsrat hat einen Vorschlag für ein Gesetz über die Abgeltung von Planungsmehrwerten erarbeitet. Er hat sich dabei auf die minimalen Vorgaben des Bundesrechts beschränkt, indem eine Mehrwertabgabe von 20% erhoben wird, wenn Boden neu einer Bauzone zugewiesen wird. Dieser Vorschlag ist in der *Vernehmlassung* auf erheblichen *Widerstand* gestossen. Der Regierungsrat hat deshalb in seiner Vorlage an den Landrat vorgesehen, dass die Gemeinden auch bei Aufzonungen (führt zu höherer Nutzung) und bei Umzonungen (führt je nach Zone zu Bodenmehrwert) eine Abgabe bis maximal 30% des Bodenmehrwerts einführen dürfen.

Eine dringliche Gesetzgebung

Das Bundesrecht sieht für den Fall, dass der Kanton bis am 01.05.2019 keine bundesrechtskonforme Regelung der Planungsmehrwertabgabe umgesetzt hat, ein Einzonungsverbot vor. Dies hätte zur Folge, dass keine neuen Bauzonen mehr ausgeschieden werden dürfen. Um zu verhindern, dass dem Kanton durch den Bund ein Verbot auferlegt wird, Bauland auszuscheiden, erstrebt der Regierungsrat eine effektive Umsetzung der Vorgaben des eidgenössischen RPG bezüglich der Erhebung einer Planungsmehrwertabgabe im Kanton bis zum 01.05.2019.

Dieser Vorschlag wurde vom Landrat abgelehnt. Er beschloss an seiner Sitzung vom 27.09.2018 die bundesrechtliche Minimalvariante. Damit entspricht der landrätliche Beschluss dem ursprünglichen Vorschlag des Regierungsrates. Die Gemeinden partizipieren an dieser Mehrwertabgabe mit 25% und erhalten 100% der Erträge aus Infrastrukturvereinbarungen, die sie z. B. bei Quartierplanungen mit den Grundeigentümern abschliessen dürfen. Durch die Mehrwertabgabe entstehen dem Kanton Mindereinnahmen bei der Grundstückgewinnsteuer.

Warum eine Volksabstimmung? Weil der landrätliche Beschluss mit 51:34 Stimmen ohne Enthaltungen zustande gekommen ist und damit ein 4/5-Mehrheit von 68 Stimmen nicht erreicht wurde, muss eine obligatorische Volksabstimmung durchgeführt werden (vgl. § 30 Abs. 1 Bst. b KV BL[5]).

[5] Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17.05.1984; GS 100; abrufbar hier.

5. Nichtformulierte Gemeindeinitiative vom 17. März 2016 über den Ausgleich der Sozialhilfekosten (Ausgleichsinitiative) mit Gegenvorschlag des Landrats vom 27. September 2018

NEIN (64.02%)
JA (59.87%)
Stimmbeteiligung 36.71%

Am 08.03.2016 haben elf Einwohnergemeinden[6] des Kantons BL diese nichtformulierte Initiative eingereicht. Sie verlangt, dass 70% der Nettosozialhilfekosten aller Gemeinden in *einem Pool* zusammengefasst werden. Die Kosten dieses Pools sollen auf alle Gemeinden nach Massgabe der Einwohnerzahl verteilt werden. Die übrigen 30% sollen die Gemeinden nach der geltenden Regel gemäss dem Wohnsitz der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger tragen.
Der Gegenvorschlag des Landrats sieht seinerseits neben den bereits bestehenden Instrumenten (Lastenabgeltung Sozialhilfe und Härtebeiträge) als zusätzliche Abfederungsmassnahme die Ausrichtung von Solidaritätsbeiträgen an Gemeinden mit einer besonders hohen Sozialhilfequote vor.

Die Sozialhilfe ist eine klassische Gemeindeaufgabe: Die Gemeinden vollziehen und finanzieren die Sozialhilfe gemäss der kantonalen Sozialhilfegesetzgebung. Die Sozialhilfebelastung unterscheidet sich von Gemeinde zu Gemeinde. Um diese Unterschiede abzufedern, gibt es zwei Instrumente, welche im Finanzausgleichsgesetz geregelt sind: die *Lastenabgeltung* Sozialhilfe und den *Härtebeitrag*.

Bei der *Lastenabgeltung* Sozialhilfe erhalten stark belastete Gemeinden jährlich CHF 8.4 Mio. vom Kanton. Es werden dabei nicht die effektiven Kosten ausgeglichen, sondern die Lastenabgeltung bemisst sich stattdessen an Indikatoren (Arbeitslosenquote, Ausländeranteil, Anteil Alleinerziehende und Sozialhilfequote), die einerseits einen hohen Zusammenhang mit den Kosten haben und andererseits von den Gemeinden nicht beeinflusst werden können. Somit ist garantiert, dass trotz Abgeltung die Anreize für eine möglichst effiziente Erfüllung der Aufgaben bestehen bleiben.

Der Regierungsrat kann besonders stark belastete Gemeinden zusätzlich mit *Härtebeiträgen* unterstützen. Die Gewährung eines solchen Härtebeitrags setzt eine umfassende Analyse des gesamten Finanzhaushalts der betroffenen Gemeinde voraus und kann an Bedingungen (zum Beispiel Mindeststeuerfuss) geknüpft werden.

Einzelne Gemeinden tragen die Last für den ganzen Kanton

Im Kanton BL tragen wenige Gemeinden, wie Grellingen, Laufen oder Liestal, einen Grossteil der Kosten der Sozialhilfe. Die Sozialhilfequote der Stadt Liestal liegt mit 6.2% beispielsweise mehr als doppelt so hoch als der kantonale Durchschnitt. Die elf Initiativgemeinden müssen mit CHF 13.3 Mio. rund einen Fünftel des gesamten Nettoaufwands der Sozialhilfe in der Höhe von CHF 71.1 Mio. tragen.

Quelle: Abstimmungsbroschüre

Das *Initiativkomitee* verweist darauf, dass einzelne Gemeinden die Last für den ganzen Kanton tragen (vgl. Kasten). Seiner Auffassung nach ist das aktuelle Sozialhilfesystem überholt, da die stark belasteten Gemeinden keine Handlungsmöglichkeiten haben. Die Ausgleichsinitiative führe zu einer besseren

[6] Diepflingen, Grellingen, Hölstein, Lampenberg, Langenbruck, Laufen, Liesberg, Liestal, Niederdorf, Oberdorf und Waldenburg.

Verteilung der bisher anfallenden Lasten, also keine Mehrkosten durch die Initiative, umso mehr, als der Lastenausgleich ein Grundprinzip des schweizerischen Staatswesens sei. Das bisherige System würde die belasteten Gemeinden in eine Abwärtsspirale stossen, und dafür würden die stark belasteten Gemeinden eine Unterstützung der anderen Gemeinden und der Bevölkerung benötigen.

Laut des *Regierungsrats* würde ein solcher Kostenausgleich zu Mehrkosten durch Fehlanreize und zu administrativen Mehrkosten führen. Im Übrigen sprechen sich die restlichen 74 Gemeinden mehrheitlich gegen die Initiative aus.

Der *Landrat* hat am 27.09.2018 einen *Gegenvorschlag* zur Ausgleichsinitiative beschlossen. Der Gegenvorschlag des Landrats sieht neben den bereits bestehenden und oben erwähnten Instrumenten (Lastenabgeltung Sozialhilfe und Härtebeiträge) als zusätzliche Abfederungsmassnahme die Ausrichtung von *Solidaritätsbeiträgen* an Gemeinden mit einer besonders hohen Sozialhilfequote vor. Finanziert werden sollen diese Solidaritätsbeiträge solidarisch von allen Gemeinden mit jährlich CHF 10 pro Einwohner/in. Somit könnten jährlich Solidaritätsbeiträge in der Höhe von rund CHF 2.9 Mio. ausgerichtet werden.

Gemeinden mit einer Sozialhilfequote von mehr als 130% des kantonalen Durchschnitts sollen einen Solidaritätsbeitrag erhalten. Die vorhandenen Gelder würden in Abhängigkeit von der Sozialhilfequote unter den begünstigten Gemeinden verteilt. Gebergemeinden gemäss Finanzausgleich, welche eine Sozialhilfequote von mehr als 130% des kantonalen Durchschnitts haben, erhielten jedoch nur einen reduzierten oder gar keinen Solidaritätsbeitrag.

Der Gegenvorschlag des Landrats sieht zudem geringfügige Anpassungen bei den Härtebeiträgen vor: Die Härtebeiträge sollen nicht mehr aus dem Ausgleichsfonds, sondern aus einem neu geschaffenen Härtefonds finanziert werden. Zur erstmaligen Alimentierung sollen CHF 4 Mio. aus dem bestehenden Ausgleichsfonds in den Härtefonds transferiert werden. Zudem ist eine Begrenzung der Alimentierung des Härtefonds durch die Gemeinden auf CHF 2.50 pro Einwohner/in begrenzt.

Kostenvergleich mit anderen Kantonen

Mehrere Kantone sehen einen Ausgleich der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden vor, darunter die Kantone BE und SO. Diese beiden Kantone weisen jedoch deutlich höhere Sozialhilfekosten aus als der Kanton BL. Im Kanton BL liegen die Sozialhilfekosten unterhalb des schweizerischen Durchschnitts:

Jährliche Nettoausgaben für die Sozialhilfe 2016 pro Einwohner/in in CHF:

CH	**BL**	**BS**	**AG**	**SO**	**BE**	**JU**
323.-	256.-	737.-	171.-	360.-	465.-	275.-

Quelle: Bundesamt für Statistik, Abstimmungsbroschüre

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Abstimmungsvorlagen

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

Vgl. Gemeinsame Erklärungen für die Objekte / Entwürfe 1 – 3 BL + 1 – 2 BS auf S. 6

1. Grossratsbeschluss vom 12. September 2018 betreffend Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung

JA (67.28%)

Stimmbeteiligung 48.84%

Die Patientinnen und Patienten machen in einer zunehmend mobilen Gesellschaft nicht vor den Kantonsgrenzen Halt. Mit dem *Staatsvertrag* betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung streben die Kantone BL und BS eine längerfristige und verbindlich festgeschriebene Zusammenarbeit auf diesem Gebiet an.

Im Mittelpunkt der Planung soll der Bedarf der Bevölkerung stehen. Auf dieser Grundlage will die gemeinsame Regulation und Aufsicht die Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung setzen. In einem ersten Schritt wäre zum Beispiel vorgesehen, in beiden Kantonen gleichlautende Spitallisten nach einheitlichen und transparenten Kriterien zu erlassen. Für private und öffentliche Anbieter gelten dieselben Regeln. Weitere Kantone können der Vereinbarung beitreten und die Kooperation über die Landesgrenzen hinweg soll gefördert werden.

Gleichzeitige Abstimmung im Kanton BL

Der Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung liegt gleichzeitig auch der Bevölkerung des Kantons BL zur Abstimmung vor (vgl. oben). Der Staatsvertrag muss in beiden Kantonen angenommen werden, damit er in Kraft treten kann. Stimmt einer der Kantone nicht zu, ist der Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung hinfällig.

Der Grosse Rat hat am 12.09.2018 mit 95:0 Stimmen dem Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung zugestimmt.

Der Grosse Rat hat den Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung dem obligatorischen Referendum unterstellt (vgl. § 51 Abs. 2 KV BS[7]). Deshalb liegt der endgültige Entscheid bei der Stimmbevölkerung.

[7] Verfassung des Kantons Basel-Stadt, vom 23.03.2005; GS 111.100; abrufbar hier.

2. Grossratsbeschluss vom 12. September 2018 betreffend Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Universitätsspital Nordwest AG und Beteiligungsgesetz USNW NEIN (55.95%)

Stimmbeteiligung 48.84%

Das Universitätsspital Basel und das Kantonsspital Baselland sollen zu einer gemeinsamen Spitalgruppe mit dem Namen «Universitätsspital Nordwest» (USNW) zusammengeführt werden. Dieses soll seine operative Tätigkeit am 01.01.2020 aufnehmen. Die vier Standorte Basel, Liestal, Bruderholz und Laufen erhalten im Rahmen der Strategie «Vier Standorte – ein System» je ein eigenes Angebotsprofil.

Als Rechtsform ist eine Aktiengesellschaft mit öffentlichem Zweck vorgesehen. Damit soll die Flexibilität für eine spätere regionale Erweiterung garantiert werden. Die beiden Kantone haben sich auf ein Beteiligungsverhältnis von 66.6% für BS und 33.4% für BL geeinigt. Wichtige Beschlüsse der Generalversammlung kommen somit nur mit Zustimmung von BL zustande.

Der Staatsvertrag enthält folgende Neuerungen:

- Das Universitätsspital Basel (USB) und das Kantonsspital Baselland (KSBL) sollen zum «Universitätsspital Nordwest» (USNW) zusammengeführt werden.
- Die vier Standorte Basel, Liestal, Bruderholz und Laufen sollen im Rahmen der Strategie «Vier Standorte – ein System» je ein klares Profil für Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeitende mit Kernaufgaben für die ganze Spitalgruppe erhalten.
- Innovatives Element soll die Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe auf dem Bruderholz werden.
- Das USNW braucht weniger Infrastrukturen als USB und KSBL je alleine. Es wird mit Einsparungen von mindestens CHF 70 Mio. pro Jahr gerechnet werden.
- Die finanzielle Entlastung für den Kanton BS wird auf jährlich rund CHF 3.5 Mio. geschätzt und es wird eine zukünftige Zunahme erwartet.

In der Debatte des Grossen Rates bezweifelten die Gegner/-innen der Spitalfusion die geplanten Einsparungen und die anvisierte Optimierung, kritisierten die ungleichberechtigte Partnerschaft mit BL, welche bloss ein Drittel des Kapitals einbringe und auch bloss ein Drittel des Risikos trage und gleichwohl bei wichtigen Entscheidungen gleichberechtigt mitstimmen dürfe. Zudem wird ein Abbau der demokratischen Mitbestimmung infolge Wegfallens von Mitsprachemöglichkeiten des Parlaments bzw. des Grossen Rates befürchtet.

Die beiden Staatsverträge zur Gesundheitsversorgung (siehe oben) und zum Universitätsspital Nordwest sind eng miteinander verknüpft. Sie sind jedoch *nicht gleich voneinander* abhängig:

Der Staatsvertrag zur Gesundheitsversorgung ist die gemeinsame regulatorische Grundlage. Er kann auch für sich allein angenommen werden und in Kraft treten.

Der umgekehrte Fall kann jedoch nicht eintreten: Die Fusion von Universitätsspital Basel und Kantonsspital Baselland zum Universitätsspital Nordwest kommt nur zustande, wenn auch der Staatsvertrag über die gemeinsame Gesundheitsversorgung angenommen wird.

Die *Befürworter* gaben sich demgegenüber überzeugt, dass der vorgeschlagene Weg sorgfältig geplant und richtig sei. Das USNW könne aufgrund einer klaren Positionierung Einsparungen realisieren, dazu beitragen, dass sich Basel als Zentrum für die hochspezialisierte Medizin weiterentwickelt und es sich um eine echte Partnerschaft handle, weil die Beteiligungsverhältnisse den Grössenverhältnissen des eingebrachten Kapitals entspreche.

An seiner Sitzung vom 12.09.2018 stimmte der Grosse Rat dem Staatsvertrag über die Universitätsspital Nordwest AG und dem Beteiligungsgesetz USNW mit 49 gegen 38 Stimmen zu.

Warum eine Volksabstimmung? Gemäss § 30 Abs. 1 Bst. b KV BL[8] können Staatsverträge dem obligatorischen Referendum unterstellt werden.

3. Grossratsbeschluss vom 19. September 2018 betreffend Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz) (Basler Kompromiss zur Steuervorlage 17)

JA (78.78%)

Stimmbeteiligung **48.84%**

Die Schweiz muss Steuerprivilegien für ausländische Gewinne abschaffen. Das neu konzipierte Steuersystem von BS ist einerseits so ausgestaltet, dass die Mehrbelastung für international tätige Unternehmen tragbar bleibt. Andererseits führt es zu einer erheblichen Steuerreduktion für zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen sowie Gewerbebetriebe.
Das zweite Hauptelement der Vorlage ist eine schrittweise Senkung der Einkommenssteuern für die Bevölkerung des Kantons.
Als drittes Element enthält die Vorlage sozialpolitische Massnahmen zu Gunsten der Bevölkerung. So sollen namentlich die Familienzulagen um CHF 900.- pro Kind und Jahr erhöht und Krankenkassenprämien verbilligt werden.
Das Paket kam als Kompromiss zustande. Gegen den Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen.

Internationale Unternehmen bieten heute im Kanton BS gut 32'000 Vollzeitstellen. Jeder zweite Franken, der in BS erwirtschaftet wird, stammt von diesen Unternehmen. Sie tragen direkt zu Steuereinnahmen des Kantons in Höhe von rund CHF 500 Mio. pro Jahr bei.

Doch muss die Schweiz Steuerprivilegien für ausländische Gewinne abschaffen. Ein zentrales Element der neuen Unternehmensbesteuerung in der Schweiz ist die *Gleichbehandlung*. Unternehmen sollen künftig Gewinnsteuern in Höhe von effektiv 13% (inklusive Bundessteuern) zahlen. Die Unternehmen können ausserdem eine Reduktion auf bis zu elf Prozent erreichen, wenn sie in der Schweiz Forschung und Entwicklung betreiben («Patentbox»). Die Besteuerung von Dividenden aus massgeblichen Beteiligungen, das heisst mindestens zehn Prozent Anteil an einer Gesellschaft oder Genossenschaft, soll auf 80% erhöht werden.

Das neue Steuersystem ist *einerseits so ausgestaltet*, dass die Mehrbelastung für international tätige Unternehmen tragbar bleibt. Andererseits führt es zu einer erheblichen Steuerreduktion für zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen sowie Gewerbebetriebe. Damit sollen auch die wirtschaftlichen

[8] Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, vom 17.05.1984; GS 100; abrufbar hier.

Rahmenbedingungen für diese Unternehmen verbessert werden. Die strukturelle Abhängigkeit des Kantons von einzelnen wenigen Grossunternehmen soll so reduziert werden. Insgesamt dürfte der Kanton BS nach Umsetzung der Steuervorlage 17 bei der Steuerattraktivität für Unternehmen im vorderen Mittelfeld aller Kantone liegen.

Das *zweite Hauptelement* der Vorlage ist eine schrittweise Senkung der Einkommenssteuern für die Bevölkerung des Kantons. Einerseits ist eine Erhöhung der Versicherungsabzug für selbst bezahlte Krankenkassenprämien um CHF 1'200 pro erwachsene Person vorgesehen. Andererseits soll der untere Einkommenssteuersatz von heute 22.25% auf neu 21.50% reduziert werden. Insgesamt würden die Einkommenssteuern im Kanton BS so um rund CHF 70 Mio. pro Jahr sinken. Pro Haushalt würde die Steuersenkung durchschnittlich rund CHF 700 betragen.

Als *drittes Element* enthält die Vorlage sozialpolitische Massnahmen zu Gunsten der Bevölkerung: Die Familienzulagen sollen um CHF 900 pro Kind und Jahr erhöht werden. Diese Erhöhung soll von den Arbeitgebenden finanziert werden. Sie entspricht einem Betrag von rund CHF 70 Mio. pro Jahr. Zudem soll die Verbilligung der Krankenkassenprämien um CHF 10 Mio. pro Jahr erhöht werden. Sie kommt den tieferen Einkommen und dem unteren Mittelstand zugute.

Das Paket kam als Kompromiss zustande, welcher von acht der neun im Grossen Rat vertretenen Parteien unterstützt wurde. Der Kompromiss ist für den Kanton BS mit strukturellen Mindereinnahmen von geschätzt CHF 150 Mio. verbunden. Diese Auswirkungen sind für den Kanton verkraftbar, da BS über einen nachhaltigen Überschuss in ähnlicher Höhe verfügt. Gegen den Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen.

Die Hauptelemente des Basler Steuerkompromisses lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Für Unternehmen:

- Die Schweiz schafft Steuerprivilegien für ausländische Gewinne ab.
- Die ordentlichen Gewinn- und Kapitalsteuern werden gesenkt.
- Unternehmen, die in der Schweiz forschen und entwickeln, erhalten eine Steuerermässigung.
- Die Besteuerung der Dividenden wird erhöht.

Für die Bevölkerung:

- Die Einkommenssteuern der Bevölkerung sinken.
- Der Steuerabzug für selbst bezahlte Krankenkassenprämien wird erhöht.
- Familien erhalten höhere Zulagen für Kinder sowie für Jugendliche in Ausbildung.
- Die Verbilligung der Krankenkassenprämien wird erhöht.

Das *Referendumskomitee* kritisiert die Vorlage aus folgenden Gründen:

- Die eidgenössische Unternehmenssteuerreform (USR III) wurde von den Stimmberechtigten deutlich abgelehnt. Die kantonale Steuervorlage 17 unterscheide sich nur gering von der USR III.
- Finanz- und gewinnstarke Unternehmen sollen weiterhin von massiven Steuergeschenken auf Kosten der Bevölkerung profitieren. Zwar würden nun auch Entlastungsmassnahmen für die Bevölkerung

angedacht, aber diese gehen in erster Linie zu Lasten geschwächter Kantonsfinanzen und würden nur partiell von den beschenkten Unternehmen getragen.

- Die Umsetzung der Steuervorlage 17 würde den Kanton jährlich CHF 150 Mio. kosten und führe zu mehr Verschuldung. Dieses vorprogrammierte Finanzloch werde negative Auswirkungen auf soziale und kulturelle Angebote in Basel haben, welche wichtige Standortfaktoren darstellen.
- Für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts seien Faktoren wie qualitativ hochstehende Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit und ein gut ausgebauter ÖV viel wichtiger als der Steuersatz. Es sei nur «fair», dass auch die Unternehmen, die auf diese öffentliche Infrastruktur angewiesen sind, ihren Beitrag dazu leisten.
- Im internationalen Vergleich seien die Unternehmenssteuern in BS schon jetzt sehr tief. Mit der geplanten Senkung der Gewinnsteuern heize Basel den schweizweiten und internationalen Steuerwettbewerb weiter an und mache sich noch mehr von Unternehmen abhängig.

Der *Regierungsrat* befürwortet den Basler Steuerkompromiss aufgrund folgender Überlegungen:

- Der Standort BS brauche dringend eine Lösung für die Herausforderung bei der internationalen Besteuerung der Unternehmen. Würde der Kanton die Privilegien aufheben, ohne weitere Massnahmen zu ergreifen, dann würde sich die Steuerbelastung der betroffenen Gesellschaften mehr als verdoppeln; dies würde den Standort schädigen und könnte mittelfristig den Kanton finanziell und volkswirtschaftlich schwer in Mitleidenschaft ziehen
- Die Vorlage bringe eine spürbare Senkung der Gewinn- und Kapitalsteuern für ordentlich besteuerte Unternehmen, insbesondere für KMU und Gewerbe. Die Bevölkerung profitiere ebenfalls und würde um CHF 150 Mio. entlastet.
- Das Massnahmenpaket beinhalte wesentliche sozialpolitische Massnahmen. Diese kommen direkt den Familien und dem unteren Mittelstand zugute. BS verfüge über den nötigen finanziellen Spielraum Der Kanton habe seine Nettoschulden in den vergangenen Jahren um rund CHF 2 Mia. gesenkt. Er schreibe regelmässig schwarze Zahlen und wurde von Standard&Poor's mit der Bestnote «AAA» ausgezeichnet. Als einen Grund dafür nenne die internationale Ratingagentur die gute Vorbereitung der Steuerreform.

4. Grossratsbeschluss vom 19. September 2018 betreffend Realisierung von Massnahmen zu Gunsten des Fuss- und Veloverkehrs in der St. Alban-Vorstadt zwischen St. Alban-Graben und Malzgasse im Zuge anstehender Erneuerungsarbeiten

JA (51.86%)

Stimmbeteiligung **48.84%**

Die St. Alban-Vorstadt ist eine historische Vorstadtstrasse, welche unter anderem den Neubau des Kunstmuseums mit dem St. Alban-Tor und den Museen im St. Alban-Tal verbindet. Zwischen St. Alban-Graben und Malzgasse müssen die Strasse sowie die Strom-, Telekom- und Wasserleitungen aufgrund ihres schlechtes Zustandes erneuert werden.

Die schmalen Trottoirs auf der einen Strassenseite können in der St. Alban-Vorstadt zwischen dem Schöneckbrunnen und der Malzgasse nicht von Rollstuhlfahrenden, Menschen mit Rollatoren oder mit Kinderwagen benutzt werden. Auch der Strassenverkehr ist betroffen, da zwar Autos und Lieferwagen in beiden Richtungen fahren dürfen, aber nicht kreuzen können. Die Situation widerspricht heutigen Sicherheitsvorgaben und Bestimmungen zur Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung. Die

notwendige Sanierung bietet Gelegenheit für eine fussgänger- und velofreundliche Umgestaltung der St. Alban-Vorstadt

Fussgängerinnen und Fussgänger sollen auf der ganzen Strasse Vortritt erhalten. Damit sie die ganze Strassenbreite nutzen können, sollen die Ränder des Trottoirs wegfallen. Ein Asphaltband in der Mitte der Strasse soll Autos und Velofahrende führen. Für sie soll künftig Tempo 20 gelten. Poller aus Stein sollen dafür sorgen, dass Autos und Velos nicht zu dicht an den Häusern und am Schöneckbrunnen vorbeifahren. Zwischen Schöneckbrunnen und Malzgasse sollen Autos nur noch in Richtung Malzgasse fahren dürfen. Für Velofahrende soll die Strasse in beide Richtungen offen bleiben.

Trottoirs im hinteren Teil der St. Alban-Vorstadt
(Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 51)

Der *Verein «Komitee Erhalt der Trottoirs!»* empfiehlt die Ablehnung des Grossratsbeschluss vom 19.09.2018 aus folgenden Gründen:

- Durch die Abschaffung der Trottoirs werde die Sicherheit von Klein- und Schulkindern, betagten Menschen sowie den Anwohnerinnen und Anwohnern geringeschätzt.
- Das Gestaltungskonzept «Innenstadt» sei weitgehend ohne Einbezug der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner entwickelt worden und verletze mit diesem Entwurf das gemäss kantonaler Verfassung garantierte Mitwirkungsrecht.
- Die Entfernung der Trottoirs bringe das Risiko mit sich, dass der asphaltierte Mittelteil der Strasse auch von anderen Verkehrsteilnehmenden, namentlich solchen mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrenden benutzt wird.
- Weiter werden die Kosten für die Umgestaltung als zu hoch betrachtet.

Der *Regierungsrat* argumentiert für die Umgestaltung der St. Alban-Vorstadt:

- Die St. Alban-Vorstadt solle zu einer attraktiven Fussgängerachse werden. Ohne Trottoirränder und dank durchgängigem Fussgängervortritt und Tempo 20 für Autos und Velos können Fussgängerinnen und Fussgänger die ganze Breite der St. Alban-Vorstadt nutzen. Menschen im Rollstuhl oder mit Kinderwagen hätten so auch an den engen Stellen Platz. Poller aus Stein sorgen für Abstand von den Häusern und damit für zusätzliche Sicherheit.

- Mitwirkungsmöglichkeiten seien gegeben, da der Kanton BS auf Grundlage eines Mitwirkungsverfahrens ein Gestaltungskonzept für die ganze Innenstadt erarbeitet hat. Strassen wie etwa der Münsterberg, die Rittergasse oder das Gerbergässlein wurden seither gemäss diesem Konzept und ohne nochmalige Mitwirkung erneuert. Die Regierung und der Grosse Rat halten an diesem bewährten Gestaltungskonzept fest. Daneben setzen Normen und Gesetze der Erneuerung der St. Alban-Vorstadt klare Leitlinien.
- Angemessene Gestaltung für historische Vorstadt In der Vorstadt sind nicht nur viele Touristinnen und Touristen, sondern auch viele Baslerinnen und Basler unterwegs. Die St. Alban-Vorstadt solle deshalb nicht nur saniert werden, sondern zu einem fussgängerfreundlichen und noch attraktiveren Teil der Basler Innenstadt werden.

Der Grosse Rat hat für die Sanierung und Umgestaltung der St. Alban-Vorstadt einen Gesamtbetrag von CHF 3.12 Mio. bewilligt. Knapp die Hälfte davon entfällt auf die notwendige Sanierung. Gegen den Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen. Bei einem Nein zur Vorlage würde nur die Sanierung durchgeführt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Abstimmungserläuterungen

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

GE

1. Initiative populaire 160 « Pour le remboursement des soins dentaires »

NON (54.76%)

Participation **43.83%**

Cette initiative propose que le canton mette en place une assurance obligatoire pour les soins dentaires de base, ainsi qu'un dispositif de prévention en matière de santé bucco-dentaire. Son financement serait assuré auprès des personnes actives par un prélèvement sur les salaires – d'environ 1% à parts égales employeurs/employés –, et auprès des non-actifs par le budget de l'Etat. Cette assurance permettrait d'éviter que certaines personnes doivent renoncer aux soins dentaires pour des raisons économiques.
La majorité du Grand Conseil a refusé cette initiative tout en acceptant le principe d'un contreprojet (mise en place d'un dispositif cantonal gratuit de prévention et de dépistage en matière de santé buccodentaire), mais en votation finale le 30.08.2018, la majorité du Grand Conseil a également refusé le contreprojet.

Pour le *comité d'initiative*, le remboursement des soins dentaires est une question de justice sociale et de santé publique. L'initiative poursuit dès lors deux objectifs : premièrement, réduire fortement le coût

des soins dentaires dans le budget des salariés ; deuxièmement, permettre un accès réaliste aux soins dentaires à tous[9].

L'initiative propose également un renforcement de la prévention : plus d'un tiers de la population genevoise n'aurait pas été examinée par un dentiste, souvent pour des raisons financières. Par ailleurs, une étude parue dans la Revue médicale suisse[10] a mis en évidence la discrimination sociale devant la maladie provoquée par les difficultés d'accès aux soins et à la prévention.

Finalement, le projet serait créateur d'emploi et écologique, car il mettrait fin au tourisme dentaire, notamment dans des pays de l'Est, engendré par les prix souvent prohibitifs des soins incitant des patients à des séjours à l'étranger pour accéder à des soins à bas prix.

La *majorité du Grand Conseil genevois* est d'un tout autre avis et considère que cette assurance sociale serait trop coûteuse. A ses yeux, la santé bucco-dentaire s'est améliorée en Suisse ces dernières décennies. Depuis 1996, le taux de caries serait faible et stable. Le législateur fédéral a décidé de ne pas mettre à charge de la LAMal le remboursement des soins dentaires, car cela conduirait à une augmentation des primes d'assurance-maladie. Certes, il est vrai que 5 à 10% de la population renoncent à des soins pour des raisons financières et que plus la position sociale est défavorable, moins l'état de santé est bon, mais ce gradient social ne dépendrait pas de la couverture d'assurance.

Projet de loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (A 2 00)

Art. 171, al. 4 Soins dentaires

1. L'Etat met en place une assurance obligatoire pour les soins dentaires de base ainsi qu'un dispositif de prévention en matière de santé buccodentaire.

2. Le financement de l'assurance des soins dentaires de base est assuré pour les personnes cotisant à l'assurance vieillesse et survivants (AVS) par un prélèvement analogue à celui de l'AVS et, pour les autres, par la politique sanitaire cantonale.

Une *première minorité du Grand Conseil* constate que le système de l'assurance-santé (LAMal) ne couvre pas les soins aux dents, pourtant partie du corps humain, et estime qu'il faudrait une règlementation qui fasse baisser les prix des soins dentaires. Elle considère qu'une assurance de l'Etat permettrait de fixer un tarif maximal pour chaque prestation et a préconisé un contreprojet avec un financement double : par les cotisations salariales et par une augmentation du centime additionnel ou par une taxe sur le sucre. Comme le Grand Conseil n'a pas accepté ce contreprojet, la minorité estime qu'à défaut l'initiative offre une alternative acceptable.

Une *seconde minorité du Grand Conseil* relève que l'état de santé bucco-dentaire est un indicateur de la situation socio-économique et qu'il faut en finir avec cette inégalité. L'Etat se devrait de renforcer le

[9] Les initiants citent le conseiller d'Etat vaudois Pierre-Yves Maillard, selon qui la situation serait alarmante : « Les inégalités sociales jouent à plein et la santé dentaire des populations défavorisées du canton correspond à celle des habitants des pays en voie de développement ». Il en irait de même pour le canton de GE. Pire : en amélioration constante jusqu'en 1994, la santé dentaire des enfants se dégraderait depuis.

[10] Carlos Madrid, Marcelo Abarca, Sabina Pop, Kahina Bouferrache, Patrick Bodenmann, Hans Wolff, *Santé buccale : déterminants sociaux d'un terrain majeur des inégalités*, RMS septembre 2009 ; téléchargeable ici.

système d'assurances sociales afin d'offrir l'accès aux soins dentaires à tous, y compris à toute une catégorie de personnes aux ressources modestes qui ne sont pas aidées par l'Etat.

Le *Conseil d'Etat* recommande quant à lui de refuser l'initiative. Il se dit conscient que la santé bucco-dentaire est une composante de la santé en général et de la qualité de vie, et qu'une mauvaise hygiène dans ce domaine peut influencer certaines maladies cardiovasculaires ou d'autres maladies chroniques, mais cependant il reste convaincu que la mise ne place d'une assurance obligatoire dont le financement serait à charge des actifs (employeurs et employés) et de l'Etat ne serait pas la solution au problème du renoncement aux soins dentaires pour les 5 à 10% de la population concernés à GE. Selon lui, dans tous les pays qui ont une prise en charge par une assurance, on constaterait une déresponsabilisation et un abandon de l'hygiène de base, de sorte que le renoncement aux soins et les coûts de la prise en charge augmenteraient, comme avec la LAMal. Ce serait en agissant sur les facteurs sociologiques, comportementaux et environnementaux que l'on obtiendrait les meilleurs résultats et bénéfices en termes de santé publique.

Lors de sa séance du 31.08.2017, le Grand Conseil a refusé l'initiative par 57 non contre 30 oui et 0 abstention.

Pourquoi une votation ? Parce qu'aux termes de l'art. 65 de la Constitution GE (cf. note 12), les révisions de la constitution sont soumises d'office au corps électoral.

2. Initiative populaire 165 « Pour une caisse d'assurance maladie et accidents genevoise publique à but social »

NON (55.54%)

Participation **43.83%**

Cette initiative propose de modifier la constitution genevoise de sorte que le canton de GE se dote d'une caisse d'assurance-maladie et accidents ayant pour mission de garantir une couverture des soins complète. L'initiative prévoit de créer une caisse sous la forme d'un établissement public autonome qui offrirait les prestations d'assurance-maladie et accidents de base, telles que définies par le droit fédéral.
La majorité du Grand Conseil, sur la base du rapport de sa commission, a refusé cette initiative sans lui opposer de contreprojet.

Le *Comité d'initiative* se livre à une charge virulente contre le système actuel des caisses-maladie : « Le système d'assurance-maladie défini par la LAMal, et laissé entre les mains de caisses d'assurance privées, est devenu intolérable. ». Pour y remédier, il propose une caisse d'assurance maladie et accidents publique à but social, une solution qu'il ne qualifie cependant pas de « miraculeuse » puisqu'une telle caisse serait de fait soumise aux contraintes de la LAMal et en concurrence avec les caisses privées existantes.

Néanmoins, les *initiants* affirment qu'une caisse publique aurait de nombreux avantages. Elle serait transparente, à but social, non liée aux intérêts lucratifs d'un groupe privé, ne pourrait pas transférer l'argent des assurés dans les réserves d'un autre canton. Elle aurait la possibilité de faire un meilleur travail pour des primes moins élevées. Elle fournirait une alternative intéressante pour tous ceux qui ne veulent plus avoir affaire aux caisses privées. Elle n'aurait pas de frais de lobbying, de publicité, de bureaux « luxueux » ou de salaires « mirobolants ». Elle pourrait être contrôlée sans problème par la Cour des comptes, et même être supervisée par un conseil d'administration accueillant en son sein des représentants du Grand Conseil. En outre, l'Etat ayant déboursé en 2017 plus de CHF 300 Mio à titre de

subsides pour les assurés, il serait préférable de verser cette somme à une caisse publique sur laquelle l'Etat dispose d'un contrôle.

Le *Conseil d'Etat* et une *majorité du Grand Conseil* estiment qu'une telle initiative n'est pas le bon instrument pour lutter contre l'augmentation des primes d'assurance-maladie. La nouvelle caisse publique serait soumise aux mêmes contraintes légales et économiques que les autres assureurs-maladie, tout en étant en concurrence avec eux. En effet, le droit fédéral pose un cadre légal contraignant, auquel une caisse publique cantonale ne pourrait pas déroger, p. ex. pour ce qui concerne la constitution des réserves et les modalités de fixation des primes. Ainsi, le coût de sa mise en place serait élevé (réserve initiale d'au moins CHF 8 Mio), et elle ne pourrait pratiquer l'assurance-maladie sociale qu'en concurrence avec les autres assureurs. Dans ce contexte, il ne lui serait guère possible de proposer des primes inférieures, ses tarifs étant soumis à l'approbation de l'Office fédéral de la santé publique, comme ceux de toutes les caisses.

Une *minorité du Grand Conseil* soutient l'initiative. Elle estime que celle-ci permettrait de tenter une expérience nouvelle pour soustraire l'assurance-maladie aux intérêts privés et faire en sorte que ce qui devait être une assurance sociale le redevienne. Son acceptation aurait également valeur de message fort adressé au gouvernement fédéral.

Projet de loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (A 2 00)

Article unique Modifications
La constitution de la République et canton de Genève est modifiée comme suit :

Art. 172, al. 4 (nouveau)

[4] Le canton est doté d'une caisse d'assurance maladie et accidents au sens du droit fédéral, ayant pour mission de garantir une couverture de soins complète. Cette caisse est constituée sous forme d'établissement public autonome, sous la dénomination « caisse cantonale d'assurance maladie et accidents à but social », et offre les prestations d'assurance maladie et accidents de base, telles que définies par le droit fédéral.

Bien que le *Conseil d'Etat* reconnaisse à l'initiative le mérite de mettre en exergue les dysfonctionnements actuels du système d'assurance-maladie obligatoire, il est d'avis qu'une solution doit être trouvée au niveau national, à l'instar de ce que propose l'initiative populaire fédérale « Assurance-maladie. Pour une liberté d'organisation des cantons »[11], dont le délai de récolte des signatures court jusqu'au 03.04.2019. Le Conseil d'Etat estime que l'initiative ne propose pas le bon instrument pour limiter le poids de l'assurance-maladie sur le budget des ménages. Il considère que la mise en place d'une « caisse cantonale d'assurance maladie et accidents à but social » générerait des coûts supplémentaires pour la collectivité sans pouvoir offrir des primes plus basses aux assurés.

Lors de sa séance du 20.09.2018, le Grand Conseil du canton de GE a refusé l'initiative par 60 non contre 9 oui et 19 abstentions.

[11] Le formulaire de récolte des signatures peut être téléchargé ici.

Pourquoi une votation ? Parce qu'aux termes de l'art. 65 de la Constitution GE (cf. note 12), les révisions de la constitution sont soumises d'office au corps électoral.

3. Loi sur la laïcité de l'Etat (LLE) (11764), du 26 avril 2018

OUI (55.05%)

Participation **43.83%**

Cette loi s'inscrit dans le cadre de la mise en œuvre de la nouvelle constitution genevoise, dont l'article 3 pose le principe de la neutralité religieuse de l'Etat, principe auquel sont tenues les autorités tant cantonales que communales ; cet article prévoit également que l'Etat entretienne des relations avec les communautés religieuses[12].
La loi définit donc les notions de laïcité de l'Etat et d'organisations religieuses, et elle fixe notamment le cadre des relations entre l'Etat et ces organisations, en particulier s'agissant de la perception de la contribution religieuse volontaire et de l'accompagnement philosophique, spirituel ou religieux dans les établissements publics de soins, médico-sociaux, pour personnes en situation de handicap ou de privation de liberté.
La loi permet aussi à l'Etat de soutenir des actions favorisant le dialogue interreligieux et la paix religieuse. Enfin, elle pose certaines limites à l'expression religieuse dans l'espace public, les administrations et les établissements publics.

Après une genèse laborieuse (cf. encadré), la loi aborde plusieurs questions délicates :

Financement des organisations religieuses.
A l'heure actuelle, seules trois Eglises chrétiennes peuvent solliciter de l'Etat qu'il effectue, pour elles, la perception d'une contribution ecclésiastique volontaire. Pour les autres, le financement dépend de la générosité des fidèles, de donateurs privés ou d'Etats étrangers. La loi ouvrirait la possibilité d'une contribution ecclésiastique à d'autres organisations religieuses, qui devraient cependant remplir des conditions strictes pour bénéficier de ce privilège.

Manifestations religieuses.
La loi prévoit le principe selon lequel les cultes se déroulent uniquement sur le domaine *privé*. Des dérogations ne pourront être sollicitées qu'à titre exceptionnel.

Aumôneries.
La loi permettrait à l'Etat de soutenir l'accès gratuit à un accompagnement philosophique, spirituel ou religieux pour les personnes accueillies dans un établissement de soins, un EMS, mais aussi dans les établissements de privation de liberté. Afin de prévenir les risques d'extrémisme ou de prosélytisme, ces accompagnants devraient être agréés par l'autorité.

Signes extérieurs.
Plusieurs arrêts du Tribunal fédéral ont confirmé que toute restriction de la liberté religieuse nécessitait une base légale et devait être proportionnée. La loi étend cette exigence à tous les agents de l'Etat ou des établissements liés, qui devraient s'abstenir de manifester leur appartenance religieuse par des propos ou des signes extérieurs dans le cadre de leurs fonctions lorsqu'ils seront en contact avec le public. Elle exige aussi que les membres des autorités cantonales et communales ainsi que les membres

---

12 **Art. 3** *Laïcité*
[1] L'Etat est laïque. Il observe une neutralité religieuse.
[2] Il ne salarie ni ne subventionne aucune activité cultuelle.
[3] Les autorités entretiennent des relations avec les communautés religieuses.
Constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE), du 14.10.2012 ; RSG A 2 00 ; téléchargeable ici.

du pouvoir judiciaire s'abstiennent de manifester leur appartenance religieuse par des signes extérieurs. Cette restriction s'appliquerait également aux membres élus d'un conseil municipal ou du Grand Conseil.

Un long processus démocratique pour un sujet aussi délicat que controversé

Il y a plus de cinq ans, au mois d'août 2013, un groupe d'experts issus de la société civile et de membres de l'administration a été mandaté pour élaborer les bases de cette loi. Le Conseil d'Etat a ensuite ouvert une consultation auprès de 28 organisations, dont les partis représentés au Grand Conseil. A l'issue de cette consultation, en novembre 2015, il a déposé son projet de loi au Grand Conseil, qui en a confié le traitement à sa commission des droits de l'Homme. Celle-ci y a consacré deux ans de travaux.

Mais après son adoption le 26.04.2018, ce ne sont pas moins de *quatre référendums* qui ont été opposés à cette loi[13] : un premier émane du comité Laïcité démocratique, un deuxième d'un comité féministe, un troisième concerne les droits humains et un quatrième émane de l'action syndicale.

En outre, *plusieurs recours* ont été déposés en justice contre des dispositions de cette loi, qui contredirait la Convention européenne des droits de l'Homme (CEDH) ratifiée par la Suisse en matière de liberté de conscience et de religion (art. 9 al. 1). Le référendum ayant été requis, le traitement de ces recours est suspendu et sera repris en cas d'acceptation du texte.

Source : Brochure cantonale et *Le Temps*

Une *minorité du Grand Conseil* s'oppose à cette loi. Elle y voit une intervention excessive de l'Etat dans les affaires religieuses, contraire au principe de laïcité et de neutralité religieuse, par exemple en acceptant de percevoir, pour les organisations qui en font la demande, la contribution religieuse volontaire. Selon elle, la loi serait contraire à la liberté religieuse du personnel de l'Etat, ce qui renforcerait notamment le mécanisme d'exclusion des femmes de confession musulmane. Les opposants voient aussi dans la loi une atteinte à la liberté d'exprimer ou de manifester ses convictions dans l'espace public. Certains estiment qu'il n'aurait pas été nécessaire de légiférer en matière religieuse et que les lois ordinaires suffiraient.

Le *Conseil d'Etat* constate de son côté que le fait religieux se manifeste plus fortement depuis deux décennies. Le religieux faisant partie de l'histoire du canton – ainsi que le rappellent les armoiries genevoises – le Conseil d'Etat a proposé au Grand Conseil de lui donner une base légale. Il estime que cette loi permettrait de prévenir le repli identitaire engendré par certains groupes minoritaires en fixant un cadre protégeant la liberté de conscience, de croyance et de non-croyance et promouvant la paix religieuse. Selon le Conseil d'Etat, cette loi donnerait les outils indispensables à l'Etat pour repenser les relations entre les autorités et les organisations religieuses en offrant à ces dernières une forme de reconnaissance, et cela par des relations empreintes du respect de la sphère de chacun, du droit civil et d'une stricte neutralité.

De son côté, la *coordination référendaire* regroupe *quatre comités*, opposés à une loi qualifiée de « liberticide », qui donnerait une vision caricaturale de la laïcité, bafouerait les droits humains et trahirait l'esprit de Genève. Aux yeux des référendaires, l'Etat n'a pas à intervenir dans les questions religieuses. Il ne doit pas y avoir de régime particulier pour les un-e-s ou les autres en la matière. La liberté de

[13] Cf. par exemple l'article publié par le quotidien *Le Temps* ; télécharger ici.

conscience, d'opinion, d'expression, d'association, de manifestation, soit tous les droits et libertés publiques sont à appliquer dans ce domaine comme dans les autres.

Plus spécifiquement, le comité Laïcité démocratique défend les libertés fondamentales de manifestations. A ses yeux le nouveau texte prévoirait l'intervention de l'Etat dans les pratiques religieuses, ce qu'un Etat neutre en la matière, aux termes de la constitution GE, ne devrait pas faire. Ainsi, distinguer des pratiques religieuses « cultuelles » ou non ne serait pas du ressort de la loi.

Le comité féministe cible un aspect de la loi qui renforcerait le mécanisme d'exclusion en s'attaquant aux droits des femmes de confession musulmane, puisque ce seraient surtout des femmes portant un foulard qui sont ciblées par l'interdit du port de « signes religieux », ce qui serait discriminatoire.

Le troisième référendum concerne les droits humains, car la nouvelle loi définirait la laïcité comme une police des consciences et plus comme la liberté des religions.

Le quatrième comité, responsable de l'action syndicale, combat l'interdiction de tout signe ostentatoire des employés ; en disant que certains signes religieux sont acceptables et d'autres pas, la loi ouvrirait la porte à l'arbitraire.

La loi a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 26.04.2018 par 63 oui contre 25 non et 3 abstentions.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Brochure cantonale

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

SG

Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für die IT-Bildungsoffensive

JA (69.84%)

Stimmbeteiligung

34.76%

Die IT-Bildungsoffensive besteht aus einem Sonderkredit von CHF 75 Mio., mit dem während acht Jahren, von 2019 bis 2026, eine Mehrzahl koordinierter Projekte gefördert werden soll. Das Kreditprogramm umfasst fünf Schwerpunkte:
• ein Kompetenzzentrum Digitalisierung & Bildung für die Volksschule und die Mittelschulen,
• eine Plattform Fit4Future in der Berufsbildung,
• ein Kompetenzzentrum Angewandte Digitalisierung an der Fachhochschule,
• eine *School of Information and Computing Science* an der Universität St. Gallen, sowie
• Massnahmen zur Vernetzung von Bildung und Wirtschaft und Anlässe zur Förderung der MINT-Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler.

Laut den Kantonsbehörden SG wandelt sich unsere Welt verstärkt in Richtung Digitalisierung. Wirtschaft, Verwaltung und viele Abläufe im Privatleben und mit ihnen praktisch alle Berufe verändern sich bereits

heute stetig. Diese Entwicklung wird weitergehen. Im Kanton SG wird im Bildungsbereich der digitale Wandel bereits aktiv mitgegangen: mit dem neuen Fach Medien und Informatik des neuen Lehrplans Volksschule, mit dem soeben eingeführten obligatorischen Fach Informatik am Gymnasium, mit der neuen Informatikmittelschule für Berufsmaturandinnen und -maturanden oder mit dem neuen Bachelor-studiengang in Wirtschaftsinformatik an der Fachhochschule in St. Gallen.

Schwerpunkt	**Aktivität**	**Kreditrahmen (CHF)**
1. Kompetenzzentrum Digitalisierung & Bildung	Weiterbildung der Lehrpersonen der Volksschule und der Mittelschulen	10.8 Mio.
	Modellschulen mit digitalen Lernmedien für die Volksschule und die Mittelschulen	8.6 Mio.
2. Fit4Future / lernortübergreifende Berufsbildung	Vernetzungsplattform «1 Ausbildungsprodukt» und innovative Lernsettings	6.0 Mio.
	Weiterbildung der Lehrpersonen der Berufsfachschulen / Schulung der Auszubildenden der Betriebe	7.8 Mio.
3. Kompetenzzentrum Angewandte Digitalisierung / Digital Campus	Markterweiterung von Studiengängen / Innovation bei Dienstleistungen bzw. Technologietransfer	11.3 Mio.
4. School of Information and Computing Science	Aufbau eines Bachelor- und Masterstudiengangs «Informatik und Management»	18.8 Mio.
5a. Vernetzung von Bildung und Wirtschaft	Erweiterung der bestehenden Plattform und Ausdehnung der Angebote auf den gesamten Kanton	2.8 Mio.
5b. MINT-Förderung	Unterstützung von Förder-programme	7.5 Mio. (maximal, d.h. bei Beteiligung Dritter mit 15 Mio.)
Total		**73.6 Mio.**

Quelle: Abstimmungsbroschüre

Der Kantonsrat und die Regierung wollen diese und weitere laufende Anstrengungen mit einem Sondereffort unterstützen und haben eine kantonale IT-Bildungsoffensive ins Leben gerufen.

Was die finanziellen Auswirkungen betrifft, soll die IT-Bildungsoffensive durch einen Sonderkredit finanziert werden. Die Tabelle auf folgender Seite fasst die Massnahmen und Kosten zusammen.

Warum eine Volksabstimmung? Nach Art. 6 Abs. 1 des Gesetzes über Referendum und Initiative[14] unterstehen Beschlüsse des Kantonsrates, die zu Lasten des Kantons für den gleichen Gegenstand eine einmalige neue Ausgabe von mehr als CHF 15 Mio. zur Folge haben, dem obligatorischen Finanzreferendum. Die IT-Bildungsoffensive bewirkt während der rund achtjährigen Umsetzung Ausgaben zu Lasten des Kantons von insgesamt CHF 75 Mio. Der Kantonsratsbeschluss untersteht damit dem obligatorischen Finanzreferendum.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Kantonale Abstimmungsbroschüre

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

TI

1. Articolo 30 della Costituzione cantonale (Diritti politici – ticinesi all'estero)

SI (75.7%)

Partecipazione **31.57%**

Questa modifica della Costituzione TI non impone direttamente un cambiamento della regolamentazione sui diritti politici del ticinese all'estero ma delega alla legge il compito di definire in quali casi egli li acquisisce. Il Gran Consiglio, con la riserva dell'approvazione della norma costituzionale, ha fatto uso di tale facoltà nella legge sull'esercizio dei diritti politici adottata il 19.11.2018, allineando il diritto di voto dei ticinesi all'estero a quello degli svizzeri all'estero.

In materia federale, gli svizzeri all'estero godono dei diritti politici dal 1977. Il conferimento dei diritti politici ai cittadini *ticinesi* all'estero si basa su criteri diversi da quelli degli *svizzeri* all'estero. Questa è una conseguenza dell'epoca diversa in cui sono state adottate le norme. In TI i diritti politici (in materia cantonale e comunale) sono conferiti ai cittadini con un Comune di attinenza ticinese; a livello federale è invece determinante il Comune dell'ultimo domicilio in Svizzera. Questa discordanza causa alcuni inconvenienti quali il rischio di errori nella tenuta del catalogo elettorale e nell'invio del materiale di voto e difficoltà nel disporre di dati corretti e tempestivi per l'aggiornamento costante delle iscrizioni nel catalogo elettorale.

Oggi il ticinese all'estero beneficia dei diritti politici se ha l'attinenza di un Comune ticinese (questa regola non vale però in modo assoluto: per esempio non vale se egli è partito per l'estero da un altro Cantone che conferisce i diritti politici ai cittadini all'estero anche in materia cantonale). Secondo il nuovo articolo, per beneficiare dei diritti politici il ticinese all'estero dovrà adempiere tre requisiti: 1) avere l'attinenza di

[14] Gesetz über Referendum und Initiative, vom 27.11.1967; sGS 125.1; abrufbar hier.

un Comune ticinese, 2) essersi annunciato alla rappresentanza svizzera e 3) avere avuto un Comune ticinese quale ultimo domicilio prima della partenza per l'estero.

La situazione negli altri Cantoni

Sedici (16) Cantoni non concedono ai propri cittadini all'estero di votare su temi cantonali e comunali (AR, AI, AG, BS, GL, LU, NW, OW, SG, SH, TG, UR, VD, VS, ZG e ZH), sei (6) Cantoni (BE, FR, GE, NE, SO e SZ) lo consentono unicamente su temi cantonali, e solo quattro (4) Cantoni permettono ai propri cittadini emigrati all'estero di esprimersi su temi cantonali e comunali (BL, JU, GR e, appunto, TI).

Fonte: opusculo informativo

I cittadini ticinesi all'estero non ancora annunciatisi alla rappresentanza svizzera avranno tempo fino al 31.12.2020 per completare la procedura. Chi non lo farà, sarà stralciato dal catalogo elettorale. Si stima che circa un terzo dei ticinesi all'estero (circa 3'000-4'000 su circa 10'000-11'000) non sono annunciati alla rappresentanza svizzera. La grande maggioranza di questi, annunciandosi, potrà continuare a esercitare i diritti politici in TI. Una parte minoritaria di persone (ticinesi partiti per l'estero e il cui ultimo Comune di domicilio in Svizzera si trova in un altro Cantone) perde tale diritto (ma lo potrà semmai acquisire nell'ultimo Cantone di domicilio).

Nelle discussioni commissionali e parlamentari sono state espresse opinioni contrarie alla modifica costituzionale, chi non sembra vantaggiosa tanto quanto ciò.

Con la modifica costituzionale posta in votazione si chiede di applicare sul piano cantonale e comunale le regole vigenti per le votazioni federali, le quali stabiliscono che i cittadini all'estero esercitano il loro diritto di voto nell'ultimo Comune di domicilio.

Se un ticinese si stabilisce all'estero partendo direttamente dal Cantone TI può continuare a votare in TI in materia comunale e cantonale. Se invece un ticinese, prima di trasferirsi all'estero, ha avuto un domicilio in un Comune di un altro Cantone, non potrà esercitare il suo diritto di voto in TI, ma solo nell'ultimo Cantone di domicilio, sempreché esso consenta ai propri cittadini emigrati all'estero di esercitare i diritti politici sul piano comunale e cantonale. Nella maggior parte dei Cantoni svizzeri questa possibilità non è data (cf. riquadro sopra).

Il 06.11.2018 il Gran Consiglio TI ha accolto la modifica dell'articolo 30 della Costituzione cantonale con 55 voti favorevoli, 1 voto contrario e 3 astensioni. Trattandosi di una norma costituzionale, deve essere sottoposta al voto popolare (referendum obbligatorio)[15].

[15] Costituzione della Repubblica e Cantone Ticino, del 14.12.1997; RL 101.000; Art. 82 capoverso 3; scaricabile qui.

2. Articoli 37, 42, 83, 85 della Costituzione cantonale (Diritti politici – termini di raccolta firme)

SI (79.0%)

Partecipazione **31.53%**

I diritti politici includono il diritto di proporre o sottoscrivere domande di referendum e di iniziativa (costituzionali o legislative). La Costituzione stabilisce il numero di firme e i termini entro i quali occorre raccogliere le firme degli aventi diritto di voto. Questa modifica costituzionale propone di estendere il periodo di raccolta delle firme sia per le iniziative, sia per i referendum. Il numero delle firme necessarie non è modificato.

Come si può vedere nella tabella n° 2, le autorità cantonali considerano che il Cantone TI si trova, nel confronto intercantonale, nelle ultimissime posizioni relativamente sia al tempo di raccolta delle firme per iniziative popolari o referendum, sia alla percentuale tra il numero di firme richiesto e il totale dei cittadini votanti. Sembra pertanto necessario, attraverso una estensione dei tempi di raccolta delle firme, riequilibrare almeno in parte, rispetto al contesto intercantonale, l'accessibilità dei cittadini all'esercizio dei tradizionali diritti di democrazia diretta (tabella n° 1).

In passato, occorreva recarsi al seggio e la raccolta delle firme era agevolata. Nel frattempo ha fatto la sua apparizione un elemento nuovo che ha cambiato radicalmente la situazione per chi intende raccogliere firme per un referendum o per un'iniziativa popolare, cioè *il voto per corrispondenza*, esistente per le votazioni da diversi anni e per le elezioni dal mese di aprile del 2015. Ora, dato che la stragrande maggioranza di chi vota (circa il 90%) lo fa per corrispondenza, diventa veramente difficile raccogliere firme in poche settimane, a maggior ragione in periodi in cui non sono previste votazioni o nei tempi di vacanze come tra Natale e l'Epifania o durante i mesi estivi.

Tabella n° 1 : termini di raccolta delle firme attuali e quelli proposti dal Gran Consiglio

	Norma costituzionale	**Oggi (in vigore dal 1998)**	**Proposta del Gran Consiglio**
Referendum facoltativo	Art. 42 Cost.	7'000 firme entro 45 giorni	7'000 firme entro 60 giorni
Iniziativa legislativa	Art. 37 Cost.	7'000 firme entro 60 giorni	7'000 firme entro 100 giorni
Iniziativa costituzionale (revisione totale)	Art. 83 Cost.	10'000 firme entro 60 giorni	10'000 firme entro 100 giorni
Iniziativa costituzionale (revisione parziale)	Art. 85 Cost.	10'000 firme entro 60 giorni	10'000 firme entro 100 giorni

Fonte: opusculo informativo

Al momento dell'introduzione del voto per corrispondenza, tra le varie considerazioni espresse, era stato sottolineato che, a fronte di una raccolta delle firme che sarebbe inevitabilmente diventata più ardua, si sarebbe potuto, attraverso opportuni accorgimenti legislativi e costituzionali, facilitare il compito di chi intendeva promuovere referendum o iniziative popolari. Questo momento sembra arrivato.

Nelle discussioni commissionali e parlamentari sono state espresse opinioni contrarie alla modifica costituzionale, anzitutto perchè il popolo si sarebbe già espresso nel 2007.

Tabella n° 2 : confronto intercantonale (numero di firme e tempo di raccolta delle firme per referendum e iniziative popolari)

Cantoni	Numero aventi di diritto voto	Referendum		Iniziative popolari legislative		Iniziative popolari costituzionali (parz.)	
		Numero firme	Tempo di raccolta	**Numero firme**	Tempo di raccolta	**Numero firme**	Tempo di raccolta
ZH	929'293	3'000	60 giorni	6'000	6 mesi	6'000	90 giorni
OW	26'705	100	30 giorni	500	illimitato	500	illimitato
AG	423'431	3'000	90 giorni	3'000	12 mesi	3'000	12 mesi
AR	38'950	300	60 giorni	300	illimitato	300	illimitato
BL	189'769	1'500	56 giorni	1'500	illimitato	1'500	Illimitato
NW	31'262	250	60 giorni	250	2 mesi	500	2 mesi
SO	179'503	1'500	90 giorni	3'000	18 mesi	3'000	18 mesi
SZ	104'340	1'000	60 giorni	2'000	illimitato	2'000	illimitato
GR	138'752	1'500	90 giorni	3'000	12 mesi	5'000	12 mesi
LU	276'455	3'000	60 giorni	4'000	12 mesi	5'000	12 mesi
TG	171'954	2'000	90 giorni	4'000	6 mesi	4'000	6 mesi
SG	321'978	4'000	40 giorni	6'000	5 mesi	8'000	5 mesi
BE	736'634	10'000	90 giorni	15'000	6 mesi	15'000	6 mesi
VS	222'218	3'000	90 giorni	4'000	12 mesi	6'000	12 mesi
UR	26'651	450	90 giorni	600	illimitato	600	illimitato
GL	Regime particolare in relazione alla presenza della *Landsgemeinde*						
AI	11'805	200	30 giorni	Regime particolare in relazione alla presenza della *Landsgemeinde*			
BS	114'020	2'000	42 giorni	3'000	18 mesi	3'000	18 mesi
SH	51'769	1'000	90 giorni	1'000	illimitato	1'000	illimitato
ZG	76'709	1'500	60 giorni	2'000	illimitato	2'000	illimitato
GE	261'541	2% degli aventi diritto (ca. 5'200)	40 giorni	2% degli aventi diritto (ca. 5'200)	4 mesi	3% degli aventi diritto (ca. 7'850)	4 mesi
VD	442'289	12'000	60 giorni	12'000	4 mesi	12'000	4 mesi

Cantoni	Numero aventi di diritto voto	Referendum		Iniziative popolari legislative		Iniziative popolari costituzionali (parz.)	
		Numero firme	Tempo di raccolta	**Numero firme**	Tempo di raccolta	**Numero firme**	Tempo di raccolta
FR	201'954	6'000	90 giorni	6'000	3 mesi	6'000	3 mesi
TI situazione attuale	221'273	7'000	45 giorni	7'000	60 giorni	10'000	60 giorni
TI modifica in votazione	221'273	7'000	60 giorni	7'000	100 giorni	10'000	100 giorni
JU	52'955	2'000	60 giorni	2'000	12 mesi	2'000	12 mesi
NE	112'456	4'500	90 giorni	4'500	6 mesi	6'000	6 mesi

Fonte: opusculo informativo

Di fatto, le disposizioni attuali sono state introdotte nel 1998 con la nuova Costituzione cantonale. In quell'occasione erano già stati estesi i termini di raccolta delle firme per le domande di referendum (da 30 giorni a 45 giorni). Sul tema della raccolta delle firme per le domande di iniziativa e di referendum il Popolo si è ancora espresso nel 2007 confermando (seppure con un margine piuttosto stretto) la regolamentazione vigente.

Il 06.11.2018 il Gran Consiglio TI ha accolto la modifica degli articoli 37, 42, 83 e 85 della Costituzione cantonale con 57 voti favorevoli, 2 voti contrari e 1 astensione. Trattandosi di una norma costituzionale, deve essere sottoposta al voto popolare (referendum obbligatorio).

3. Articolo 82 della Costituzione cantonale (Revisione della Costituzione – progetti con varianti)

SI (87.6%)

Partecipazione **31.53%**

Il nuovo articolo 82 capoverso 2 della Costituzione cantonale conferma lo strumento della votazione su varianti, consentendone l'uso laddove ve ne potrebbe essere la necessità, cioè nel contesto di una *revisione totale* della Costituzione. In tal modo, su temi particolarmente controversi i cittadini potranno decidere quale variante di testo dovrà figurare nella nuova Costituzione cantonale.

La Costituzione vigente contempla la possibilità di sottoporre agli aventi diritto di voto *due varianti* nell'ambito di una revisione *parziale* della Costituzione cantonale[16]. L'obiettivo è quello di consentire al popolo di esprimersi non solo sulla revisione come tale, ma anche su possibili varianti concernenti quesiti importanti: ciò per evitare soprattutto che il cumulo di pareri negativi su singole proposte possa far cadere tutta la riforma. La possibilità di votare su due varianti è ammessa solo per la revisione parziale. Però in tale caso ha un'utilità limitata poiché, nel rispetto del principio dell'unità di materia, la revisione parziale

[16] Costituzione della Repubblica e Cantone Ticino, del 14.12.1997; RL 101.000; Art. 82 capoverso 2; scaricabile qui.

deve riguardare un solo tema. Difatti dall'entrata in vigore della Costituzione nel 1998 a oggi questa possibilità non è mai stata utilizzata.

La Costituzione della Repubblica e Cantone Ticino del 14.12.1997 è modificata come segue:

[2] I progetti di revisione totale proposti dal Consiglio di Stato e dal Gran Consiglio possono contenere su singoli oggetti al massimo due varianti.

Testo vigente:

[2] Il progetto di riforma parziale può contenere su singoli oggetti al massimo due varianti.

Invece si tratta di un'opportunità interessante nell'ambito di una revisione totale della Costituzione, per consentire ai cittadini di esprimersi su più possibili varianti. Al momento non sembra esserci un interesse per una revisione totale, essendo la Costituzione stata rinnovata integralmente con la votazione popolare del 14.12.1997. Tuttavia una Costituzione deve sempre contemplare le disposizioni che disciplinano la procedura per la sua abrogazione e sostituzione con un nuovo testo. Nell'ambito della revisione totale della Costituzione spetterà al Gran Consiglio o alla Costituente (di loro iniziativa o su proposta del Consiglio di Stato) decidere se sottoporre al popolo varianti.

Nelle discussioni commissionali e parlamentari non sono state espresse opinioni contrarie alla modifica costituzionale.

Il 06.11.2018 il Gran Consiglio ha accolto la modifica dell'articolo 82 della Costituzione cantonale con 54 voti favorevoli, 1 voto contrario e 5 astensioni. Trattandosi di una norma costituzionale, deve essere sottoposta al voto popolare (referendum obbligatorio).

4. Articolo 39 della Costituzione cantonale (Iniziativa popolare legislativa – votazione popolare)

SI (73.2%)

Partecipazione **31.53%**

La modifica costituzionale propone di allineare la procedura dell'iniziativa generica a quella dell'iniziativa elaborata. Con questa proposta, anche l'iniziativa generica non dovrà essere sottoposta al voto quando è accolta dal Gran Consiglio. Poiché l'articolo 39 della Costituzione cantonale disciplina la forma delle domande di iniziativa e stabilisce in quali casi l'iniziativa deve essere sottoposta al voto, per adottare la nuova procedura è necessario modificare questa norma.

I diritti popolari includono la possibilità di presentare un'iniziativa popolare per adottare, modificare o abrogare un atto legislativo. L'iniziativa può formulare un progetto di testo (*iniziativa elaborata*) o indicare i principi per l'emanazione di un nuovo atto legislativo (*iniziativa generica*). Nel caso di iniziativa generica spetta al Gran Consiglio elaborare un testo legislativo conforme alla domanda di iniziativa.

Se il Gran Consiglio accoglie l'iniziativa popolare elaborata, essa non è sottoposta a una votazione popolare. Se il Gran Consiglio accoglie l'iniziativa popolare generica, essa non è sottoposta a una votazione popolare se i suoi promotori la ritirano. I promotori possono quindi imporre una votazione popolare su un testo adottato dal Gran Consiglio che corrisponde alla loro proposta. In entrambi i casi,

resta evidentemente ammessa la possibilità per gli aventi diritto di voto di promuovere una domanda di referendum.

La Costituzione della Repubblica e Cantone Ticino del 14.12.1997 è modificata come segue:

Art. 39 cpv. 2 e 2bis (nuovo)

[2] Nel secondo caso, il Gran Consiglio è tenuto a elaborare il progetto nel senso della domanda.

[2bis] In entrambi i casi, se la domanda non è accolta dal Gran Consiglio, il progetto viene sottoposto al voto popolare.

La nuova regola sarebbe applicabile alle iniziative popolari generiche promosse dopo la sua entrata in vigore.

Questo allineamento introdurrebbe una migliore coerenza nella trattazione delle due forme di iniziativa senza per questo limitare i diritti popolari dei cittadini. Il Gran Consiglio sarebbe obbligato a elaborare un testo conforme al testo dell'iniziativa generica. Non potrebbe elaborare – come invece lasciano intendere le argomentazioni contrarie – un testo che non riprenderebbe in modo fedele le proposte dei firmatari.

Di fatto, nelle discussioni commissionali e parlamentari sono state espresse opinioni contrarie alla modifica costituzionale, a favore del mantenimento della possibilità di una verifica popolare.

Secondo gli oppositori, l'esperienza recente dimostra l'utilità del mantenimento della regolamentazione attuale. L'esempio della votazione sull'iniziativa popolare concernente l'insegnamento della civica lo dimostra[17]. Il fatto che al momento della votazione popolare numerosi deputati che avevano approvato il testo conforme, si siano schierati contro l'iniziativa medesima, dimostra che il voto parlamentare ha sì, formalmente, lo stesso peso di quello popolare, ma che di fatto è ben altra cosa.

Il 19.02.2018 il Gran Consiglio ha accolto la modifica dell'articolo 39 della Costituzione cantonale con 51 voti favorevoli, 22 voti contrari e 4 astensioni. Trattandosi di una norma costituzionale, deve essere sottoposta al voto popolare (referendum obbligatorio).

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Opusculo informativo

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

[17] Cf. Newsletter «Kantonale Volksabstimmungen vom 24. September 2017 – Die Ergebnisse», p. 23; scaricabile qui.

UR

Volksinitiative «Zur Regulierung von Grossraubtieren im Kanton Uri» **JA (70.22%)**

Stimmbeteiligung **33.6%**

Das Initiativbegehren vom 16.08.2017 verlangt eine Änderung der Verfassung des Kantons UR, und zwar mit folgendem Wortlaut:
«Artikel 49 Absatz 2 (neu)
Der Kanton erlässt Vorschriften zum Schutz vor Grossraubtieren und zur Beschränkung und Regulierung des Bestands. Die Einfuhr und die Freilassung von Grossraubtieren sowie die Förderung des Grossraubtierbestands ist *verboten*.»

Die Initianten weisen in ihrer Begründung auf die Auswirkungen hin, die Grossraubtiere auf die Nutztierhaltung und den Wildbestand haben: Die Schafrisse durch den Wolf, die verunsichern und Angst machen, die Schwierigkeiten mit den Herdenschutzmassnahmen auf den Alpen, der (negative) Einfluss des Luchses auf seine Hauptbeutetiere Gämse und Reh oder allgemein die Schäden für die Berglandschaft, die Jagd und auch den Tourismus. Mit Hilfe der Initiative soll erreicht werden, dass der Kanton sämtliche ihm rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel ergreift, um gegen Grossraubtiere vorzugehen.

Gültigkeit der Initiative – Gutachten des Bundesamts für Justiz

Im Januar 2017 wurde im Kanton VS die kantonale Volksinitiative «Für einen Kanton Wallis ohne Grossraubtiere» eingereicht. Diese Initiative unterscheidet sich im Wortlaut nur marginal von der eingereichten Volksinitiative im Kanton UR. Die Forderungen der Urner und der Walliser Initiative sind exakt die gleichen.

Der Parlamentsdienst des Grossen Rats des Kantons VS hat das Bundesamt für Justiz (BJ) um eine unverbindliche Vorprüfung der kantonalen Initiative gebeten. Diese Prüfung präjudiziert weder den Entscheid des Bundesrats noch den Entscheid der Bundesversammlung. Das BJ kommt in seinem Gutachten zum Schluss, dass die folgenden Aspekte mit dem Bundesrecht vereinbar sind:

- Vorschriften zum Schutz vor Grossraubtieren;
- Vorschriften zur Beschränkung und Regulierung des Bestands;
- Verbot der Förderung des Grossraubtierbestands.

Nicht vereinbar mit höherrangigem Recht sind die folgenden Aspekte der Initiative:

- Verbot der Einfuhr von Grossraubtieren;
- Verbot der Freilassung von Grossraubtieren.

Das BJ ortet in den absolut formulierten Verboten eine Unvereinbarkeit mit der geltenden Jagdgesetzgebung des Bundes (Jagdgesetz [JSG]; SR 922.0; Jagdverordnung [JSV]; SR 922.1) sowie einen Verstoss gegen das Binnenmarktgesetz (BGBM; SR 943.02).

Quelle: Abstimmungsbroschüre

Der Landrat des Kantons UR hat die Volksinitiative am 14.11.2018 beraten. Er ist der Argumentation des BJ grossmehrheitlich gefolgt und hat die Initiative mit 34 zu 24 Stimmen für *teilungültig* erklärt. Der gültige Teil der Initiative wird dem Volk zur Abstimmung unterbreitet, und zwar mit folgendem Wortlaut:

«Artikel 49 Absatz 2 (neu)

Der Kanton erlässt Vorschriften zum Schutz vor Grossraubtieren und zur Beschränkung und Regulierung des Bestands. Die Förderung des Grossraubtierbestands ist verboten.»

Durch die geltende Gesetzgebung sollen die Forderungen der Initianten bereits grösstenteils erfüllt werden. Zudem lässt die Bundesgesetzgebung den Kantonen keinen Spielraum, um eine eigene Grossraubtierpolitik zu betreiben. Die Möglichkeit für kantonale Regelungen ist äusserst klein.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Abstimmungsbotschaft kantonal

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

ZH

1. Hundegesetz (Änderung vom 28. Mai 2018; praktische Hundeausbildung)

NEIN (59.48%)

Stimmbeteiligung **40.03%**

Bis Ende 2016 schrieb das Bundesrecht vor, dass Hundehalterinnen und -halter je vier Lektionen Theorie und Praxis zur Hundehaltung absolvieren müssen. Das kantonale Recht von ZH sieht bei grossen oder massigen Hunden in der Regel weitere zehn Lektionen praktischer Ausbildung vor. Auf Anfang 2017 wurde das Ausbildungsobligatorium auf Bundesebene abgeschafft. Der Kantonsrat will nun auch die vom Kanton vorgeschriebene praktische Ausbildungsverpflichtung abschaffen.
Gegen diese Gesetzesänderung wurde das Kantonsratsreferendum ergriffen. Der Regierungsrat möchte an der Ausbildungsverpflichtung festhalten, diese aber vereinfachen und verkürzen.

Diese Abstimmung ist exemplarisch für den Föderalismus und die Gewaltentrennung in den Kantonen. Einerseits zeigt sie nämlich die Wechselwirkungen zwischen Bundesrecht und kantonalem Recht auf und andererseits betrifft sie die Gewaltentrennung, namentlich anhand der auseinandergehenden Meinungen zwischen Exekutive (Regierungsrat) und der Legislative (Parlament) und der hier ergriffenen Möglichkeit eines Kantonsratsreferendums (Anm. d. Red.).

Historischer Exkurs

Aufgrund eines tragischen Beissvorfalls 2005 in Oberglatt (ZH), bei dem ein Kindergartenschüler von Hunden angefallen und tödlich verletzt worden war, verschärften Bund und Kanton die Vorschriften über

die Hundehaltung in verschiedenen Punkten. Gemäss *Bundesrecht* mussten Hundehalterinnen und Hundehalter einen praktischen und – beim erstmaligen Halten eines Hundes – auch einen theoretischen Sachkundenachweis erbringen. Das neue *kantonale* Hundegesetz[18] von ZH trat am 01.01.2010 in Kraft. Seither ist im Kanton ZH der Neuerwerb von Hunden mit erhöhtem Gefährdungspotenzial verboten. Zudem wurde eine Ausbildungsverpflichtung für grosse oder massige Hunde eingeführt.

Abschaffung der Ausbildungsverpflichtung auf Bundesebene

Auf Anfang 2017 wurde die Ausbildungsverpflichtung für Hundehalterinnen und -halter auf *Bundesebene* abgeschafft. Diesen Schritt möchte der Kantonsrat auch für die kantonale Ebene nachvollziehen: Das Hundegesetz soll dahingehend geändert werden, dass die ergänzende Ausbildungsverpflichtung des kantonalen Rechts entfällt.

Der Kantonsrat will kein kantonales Ausbildungsobligatorium

Der *Kantonsrat* möchte die Ausbildungsverpflichtung aus verschiedenen Gründen abschaffen:

- Bis heute konnte statistisch nicht nachgewiesen werden, dass die Zahl der Beissvorfälle abnimmt, wenn für die Hundehalterinnen und -halter eine Ausbildungsverpflichtung besteht. Damit entfällt der Hauptgrund für die Fortsetzung des Ausbildungsobligatoriums. Nach Meinung des Kantonsrates sind Hundekurse zwar sinnvoll; allerdings sollen diese freiwillig erfolgen. Der Lerneffekt sei kleiner, wenn eine Hundehalterin oder ein Hundehalter gegen den eigenen Willen einen Kurs besuchen müsse. Zudem sei es unverhältnismässig, wenn erfahrene Hundehalterinnen und -halter beim Erwerb eines neuen grossen oder massigen Hundes erneut einen Ausbildungskurs besuchen müssen.
- Der Besuch von Ausbildungskursen brauche Zeit und koste Geld. Ein solcher Aufwand solle den Halterinnen und Haltern von grossen oder massigen Hunden nicht zugemutet werden.
- Die Gemeinden haben heute zu prüfen, ob die Hundehalterinnen und -halter ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen. Die Gemeinden müssen Hundehalterinnen und -halter, die ihrer Ausbildungsverpflichtung trotz Mahnung nicht nachkommen, dem Kanton melden. Der Vollzugsaufwand für die Gemeinden sei gross.

Eine *Minderheit des Kantonsrates* hat gegen den Kantonsratsentscheid das Referendum ergriffen. Ihrer Meinung nach haben sich Hundekurse bewährt, es brauche Hundekurse im dicht besiedelten urbanen Gebiet und Hundekurse dienen der Sicherheit und dem Tierwohl.

Der Regierungsrat will Ausbildungsverpflichtung vereinfachen und verkürzen

Der *Regierungsrat* möchte wegen des Tierschutzes, der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung die heutige Ausbildungsverpflichtung auf alle Hunderassen ausdehnen und sie gleichzeitig vereinfachen und verkürzen: Alle Ersthundehalterinnen und -halter sollen einen Theoriekurs von zwei Lektionen absolvieren müssen. Zudem sollen alle Halterinnen und Halter sowohl beim ersten Hund als auch bei einem später gehaltenen Hund einen praktischen Kurs von sechs Lektionen besuchen müssen. Falls die Stimmberechtigten die Abschaffung der Ausbildungsverpflichtung ablehnen, wird der Regierungsrat die nötigen Schritte in die Wege leiten, um eine solche allgemeine, aber vereinfachte Ausbildungsverpflichtung einzuführen.

Der Kantonsrat hat der Änderung des Hundegesetzes (praktische Hundeausbildung) am 28.05.2018 mit 92 zu 77 Stimmen zugestimmt.

[18] Hundegesetz vom 14.04.2008 ; GS 554.5 ; abrufbar hier.

Warum eine Volksabstimmung? Gegen diese Gesetzesänderung wurde das Kantonsratsreferendum ergriffen, also ein Referendum, das nach Art. 33 Abs. 2 Bst. c der Kantonsverfassung[19] von 45 Mitgliedern des Kantonsrates verlangt wurde.

2. Wassergesetz (WsG) (vom 9. Juli 2018)

NEIN (55.33%)

Stimmbeteiligung **40.66%**

Das neue Wassergesetz soll sicherstellen, dass die Bevölkerung des Kantons ZH weiterhin jederzeit mit ausreichend und qualitativ hochwertigem Trinkwasser versorgt wird. Die Gewässer sollen sauber bleiben, der Natur und dem Menschen Raum bieten und mit Sorgfalt genutzt werden. Die Menschen sollen wirksam vor Hochwasser geschützt sein. Das Gesetz soll zudem ausschliessen, dass Private mit der Trinkwasserversorgung Gewinne erzielen können.
Mit einem Kantonsratsreferendum und einem Volksreferendum wurde die Volksabstimmung über dieses Gesetz verlangt.

Das Wasserrecht im Kanton ZH ist heute in zwei Gesetzen geregelt, deren Entstehung teilweise bis in die 1960er-Jahre zurückreicht[20]; sie sollen den heutigen Anforderungen angepasst werden. Das neue, vom Kantonsrat beschlossene Regelwerk fasst die beiden bisherigen Gesetze in einem einzigen Gesetz zusammen, dem kantonalen Wassergesetz. Durch die Berücksichtigung der technischen und rechtlichen Entwicklungen sowie durch neue oder detailliertere Regelungen und präzisere Formulierungen soll das neue Wassergesetz für viele Verbesserungen – etwa beim Hochwasserschutz, bei der Wasserversorgung oder bei der Siedlungsentwässerung – sorgen. Ausserdem soll dank der Zusammenlegung der bisherigen Erlasse und der Vereinheitlichung des Verfahrens die Umsetzung für Behörden und Politik erleichtert werden. Das Gesetz berücksichtigt die Bedürfnisse von Wirtschaft und Bevölkerung und schafft einen Ausgleich zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen.

Bei den Landanlagen rund um den Zürichsee (auch «Konzessionsland» genannt) soll das neue Wassergesetz eine Aktualisierung der teilweise sehr alten Regelungen ermöglichen. Die meisten Landanlagen wurden zwischen den 1820er- und den 1950er-Jahren mit einer kantonalen Konzession zur Landgewinnung aufgeschüttet und als Grundstücke ins Grundbuch eingetragen. Sie sind also in privates Eigentum übergegangen. Allerdings sind die Landanlagen mit verschiedenen Nutzungsbeschränkungen belegt. Je nach Landanlagekonzession sind dies beispielsweise Bauverbote, Durchleitungsrechte des Kantons, Unterhaltsverpflichtungen für öffentliche Entwässerungsleitungen oder die Pflicht zur Abtretung von Land für öffentliche Wege. Das neue Wassergesetz soll nichts an den bisherigen Eigentumsverhältnissen ändern, soll aber Anpassungen der mit der Konzession verbundenen Rechte und Pflichten ermöglichen, sofern die Anpassungen sowohl im Interesse der Eigentümerin oder des Eigentümers als auch der Allgemeinheit liegen.

Das neue Gesetz erlaubt in Bezug auf die Kommerzialisierung der Trinkwasserversorgung zwar Minderheitsbeteiligungen von privatrechtlichen Unternehmen an der Wasserversorgung, verlangt aber, dass die Gemeinden bei der Ausgliederung der Wasserversorgung in eine Aktiengesellschaft stets sowohl über die Mehrheit des Aktienkapitals als auch über mindestens zwei Drittel der Stimmrechte verfügen müssen.

---

[19] Verfassung des Kantons Zürich, vom 27.02.2005; LS 101; abrufbar hier.

[20] Das neue Wassergesetz soll das Wasserwirtschaftsgesetz vom 02.06.1991 (WWG, LS 724.11; abrufbar hier) und das Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 08.12.1974 (EG GSchG, LS 711.1; abrufbar hier) ersetzen.

Warum eine Volkabstimmung? Der Kantonsrat hat am 09.07.2018 dem Wassergesetz mit 84 zu 77 Stimmen zugestimmt. Gegen diesen Beschluss wurde das *Kantonsratsreferendum* [21] ergriffen und ein *Volksreferendum* eingereicht.

Die *Minderheit des Kantonsrates* lehnt das Wassergesetz aus folgenden Gründen ab:

- Es wird als ein «unübersichtliches Flickwerk» qualifiziert, welches mehr Bürokratie und grösseren Verwaltungsaufwand bringt.
- Die Vorteile Weniger stünden den Nachteilen der breiten Öffentlichkeit gegenüber. Die Mehrheit habe systematisch Sonderinteressen von Grundeigentümern, Seeanstössern und Landwirten durchgesetzt. Beispielsweise sei bislang klar vermutet worden, dass Gewässer öffentlich sind. Dieser Grundsatz wäre nun verwässert. Als weiteres Beispiel wird aufgeführt, dass der Zugang zu den Gewässern erschwert werden solle; das Gesetz bezwecke nämlich nicht mehr wie bisher und vom Bundesrecht vorzusehen «die Erleichterung», sondern «die Regelung» des öffentlichen Zugangs zu Seen und Flüssen.
- Das eidgenössische Gewässerschutzgesetz und seine Verordnungen schreiben den Schutz und die Wiederherstellung lebendiger Gewässer vor. Das Gesetz sehe dagegen nur das absolute Minimum vor.
- Das Gesetz öffne die Trinkwasserversorgung für private Investoren. Zwar soll nur ein Drittel der Stimmen an Private gehen dürfen – aber die Mehrheit habe oder wollte nie sagen, was Sinn oder Zweck dieser neuen Regelung sein soll. Im nahen Ausland habe man damit sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Das *Referendumskomitee* seinerseits steht einem als «schädlichen» betrachteten Wassergesetz entgegen:

- Wasser sei lebensnotwendig und deshalb ein öffentliches Gut. Der von der knappen Kantonsratsmehrheit durchgedrückte, in vielen Punkten schwammig und widersprüchlich formulierte Gesetzesentwurf würde die privaten Interessen bevorzugen und wichtige Anliegen der Allgemeinheit vernachlässigen. Das würde in der Regelung in § 107 gipfeln, die es privaten Investoren erlauben soll, Anteile an gemeindeeigenen Trinkwasserversorgungen aufzukaufen. Wie viele Beispiele im Ausland zeigen, steigen bei Privatisierungen die Wasserpreise und die Löhne der Direktion, während der Unterhalt der Leitungsnetze zugunsten privater Profite vernachlässigt wird.
- Das geplante Wassergesetz würde zudem den Schutz der Zürcher Gewässer schwächen, wie ihn das Bundesgesetz seit 2011 vorschreibt. Schliesslich soll der Zutritt zum Zürichsee für die Allgemeinheit mit diesem Gesetz stark eingeschränkt (§§ 2 und 11–16) bleiben; der See sei aber Eigentum der Zürcher Bevölkerung.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Kantonale Abstimmungszeitung

Beilage zur Abstimmungszeitung

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

[21] Vgl. oben Abstimmungsvorlage Nr. 1.